

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.24 - 66. Jahrgang

3. Dezember 2016



Frank-Walter Steinmeier und Michael Müller.  
Foto: Horb

## „Ein würdiger Nachfolger“

**„Ich freue mich, dass nach langem Ringen ein würdiger Nachfolger für den amtierenden Bundespräsidenten Joachim Gauck gefunden wurde“, so Berlins SPD-Landesvorsitzender Michael Müller.**

Frank-Walter Steinmeier, so Müller, sei „ein hervorragender Kandidat, der ein hohes Ansehen sowohl hierzulande als auch im Ausland genießt“. Er stehe für Zusammenhalt, Toleranz und Freiheit in einer Gesellschaft des Wandels. „Seine deutliche Haltung gegenüber spaltenden Tendenzen in unserem Land gibt den Bürgerinnen und Bürgern Halt. Mit seiner weitsichtigen Art und seinem diplomatischen Geschick ist Steinmeier deshalb genau der richtige für das Amt“, sagte Müller.

Laut einer N24-Emnid-Umfrage halten 80 Prozent der Befragten Frank-Walter Steinmeier für eine gute Wahl als Bundespräsidentenkandidat.

„Ein Bundespräsident kann die Welt nicht einfacher machen, als sie ist“, so Frank-Walter Steinmeier bei seiner Vorstellung als gemeinsamer Kandidat von CDU/CSU und SPD. Energisch wandte er sich gegen simple Antworten. „Ein Bundespräsident darf kein Vereinfacher sein – er muss Mutmacher sein! Ich will die Kräfte wecken, die in dieser Gesellschaft stecken; ich will sie wertschätzen und fördern.“ **BS □**

**Koalition:**

## „Berlin gemeinsam gestalten“

SPD-Landesparteitag berät Koalitionsvertrag

„Sozialer und lebenswerter“ soll die Stadt in den kommenden fünf Jahren werden. Das ist das erklärte Ziel der rot-rot-grünen Koalition und des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller. Soziale Fragen ziehen sich quer durch den gesamten Koalitionsvertrag, von der Schaffung günstigen Wohnraums über gute Bildung und Ausbildung bis hin zur Absicherung von Beschäftigung.

Man habe gespürt, dass die drei Parteien zusammen viel bewegen wollen, so Michael Müller im Interview mit der BERLINER STIMME (Seite 3). Die künftige Koalition wird zudem von mehr gemeinsamen Überzeugungen getragen als die bisherige, bei der zwei Partner mit unterschiedlichen gesellschafts- und bildungspolitischen Ansichten zusammenarbeiten mussten. Jetzt geht es für das künftige Dreier-Bündnis darum, durch gutes Regieren zu überzeugen.

Einstimmig ohne Gegenstimmen und Enthaltungen hat der SPD-Landesvorstand am vergangenen Montag nach gut zwei-



Der Landesparteitag tagt am Montag im InterContinental in der Budapester Straße.

stündiger Diskussion den Parteitagsdelegierten empfohlen, den Koalitionsvertrag anzunehmen. Auf dem Parteitag wird der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller das Verhandlungsergebnis vorstellen.

Die sozialdemokratischen Senatsmitglieder sowie die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sollen sich dann auf einer gemeinsamen Sitzung von Landesvorstand und Fraktion am 6. Dezember vorstellen.

**siehe auch S. 3 - 5 und 10 - 12**

## Viel mehr Transparenz schaffen

Eva Högl: Neue Regeln für Sponsoring nötig

**„Vorwärts-Gespräche“ - ob mit oder ohne Sponsoring - wird es in Zukunft nicht mehr geben. Das stellte SPD-Schatzmeister Dietmar Nietan fest, nachdem das ZDF-Magazin „frontal 21“ das Geschäftsgebaren der Vorwärts-Tochter NWMD kritisiert hatte.**

„Für die SPD ist selbstverständlich: Mit Sponsoring-Leistungen kann kein Zugang zu Amtsträgern, Abgeordneten oder Parteifunktionären ‚erkauft‘ werden“, erklärte Nietan. SPD-Politiker, die an den bisherigen Vorwärts-Gesprächen teilgenommen hatten, seien nicht über die Art und Weise informiert worden, wie die Gespräche vermittelt wurden und hätten auch von etwaigen Absprachen zwischen Sponsoren

und der Agentur keine Kenntnis gehabt. Nietan kündigte eine interne Untersuchung der Vorgänge an.

**LIEBE LESERINNEN UND LESER,**  
DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER  
STIMME ERSCHEINT AM 21. JANUAR. WIR  
WÜNSCHEN ANGENEHME WEIHNACHTSTAGE.  
IHRE REDAKTION

Auch die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Eva Högl kritisierte den Vorgang: „Selbst wenn das rechtlich zulässig ist, darf es das nicht geben.“ Sie forderte viel mehr Transparenz: im Sponsoring und bei der Finanzierung von Parteien und Politik insgesamt. **BS □**

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

# Nachfrage wächst weiter

## Das Erfolgsprojekt ERASMUS+ stärken

**ERASMUS+ ist eines der Erfolgsprojekte der Europäischen Union. Junge Europäerinnen und Europäer erhalten durch das Programm die Chance, im Rahmen eines Studienaustausches, Freiwilligendienstes oder Auslandspraktikums ein anderes europäisches Land besser kennenzulernen und so wichtige Erfahrungen zu sammeln. Dass ERASMUS+ aber weiterhin erhalten bleibt, ist nicht in Stein gemeißelt, denn ohne solide finanzielle Ausstattung geht es nicht.**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in dieser Frage gerade einen großen Erfolg erzielt. Bei den Verhandlungen zum EU-Haushalt 2017 konnten wir gemeinsam mit der Europäischen Kommission nach harten Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten durchsetzen, dass die Mittel für ERASMUS+ im kommenden Haushaltsjahr um 50 Millionen Euro aufgestockt werden.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Herausforderungen, für deren Bewältigung umfassende Mittel bereitgestellt werden müssen, war dies keine Selbstverständlichkeit. Daher freut es mich sehr, dass sich Parlament und Kommission mit ihrer Forderung schlussendlich durchsetzen konnten.

Aus Sicht der SPD im Europäischen Parlament war es wenig zielführend, dass zeitgleich aus Reihen der EVP-Fraktion, der auch CDU/CSU angehören, der Vorschlag kam, jedem Europäer und jeder Europäerin zum 18. Geburtstag einen Interrail-Pass zu schenken. Zwar ist der Grundgedanke, die Mobilität junger Menschen in Europa zu erhöhen, grundsätzlich begrüßenswert. Jedoch jährlich geschätzte 1,5 Milliarden Euro nach dem Gießkannenprinzip unter die Leute zu bringen, ohne dass dahinter ein bildungspolitisches Programm stünde, ist keine nachhaltige Investition in die Zukunft junger Europäerinnen und Europäer. Zumal ein solcher finanzieller Aufwand zum Nachteil seit vielen Jahren bewährter Austauschprogramme wie ERASMUS+ ginge.

Die Nachfrage nach ERASMUS+ übersteigt bei weitem die verfügbaren Mittel, auch wenn von 2013 bis 2020 rund 5 Millionen junge Europäerinnen und Europäer am Programm teilnehmen sollen. Wir sind daher gut beraten, ERASMUS+ auch in Zukunft konsequent weiter aufzustocken. Immerhin ist das Programm eine nachhaltige Investition in Jugend und Bildung in Europa. Durch ERASMUS+ können gezielt jugendliche aus sozial schwächerem Umfeld



Sylvia-Yvonne Kaufmann - hier mit dem scheidenden Parlamentspräsidenten Martin Schulz - ist Berliner Europaabgeordnete und Landesvorsitzende der Europa-Union Berlin.

Foto: Europ. Parlament

gefördert werden und ihren Bedürfnissen kann Rechnung getragen werden.

Mittelfristiges Ziel muss sein, dass alle jungen Europäerinnen und Europäer unter 25 Jahren durch ERASMUS+ Auslandserfahrung sammeln können, unabhängig von sozialer Herkunft oder Bildungsweg. Der Studierendenaustausch ist seit Jahren überaus erfolgreich. Beim Austausch von Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden gibt es aber noch viel Potential nach oben.

Auch die Erwachsenenbildung sollte noch stärker ausgebaut werden. Auch wenn ERASMUS+ nicht als Programm zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit missverstanden werden darf, so kann es doch einen erheblichen Beitrag dazu leisten, junge Menschen durch wichtige Erfahrungen, Sprachkenntnisse und interkulturelle Kompetenz für den Arbeitsmarkt attraktiver zu machen und ihren beruflichen Horizont zu erweitern.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bleiben also auch in Zukunft an diesem wichtigen Thema dran. Gerade in Zeiten des erstarkenden Nationalismus überall in Europa müssen Programme, die das Miteinander und gegenseitige Verständnis in der EU fördern, konsequent ausgebaut und gestärkt werden.

Und ERASMUS+ hat einen weiteren positiven Nebeneffekt: Das Programm hat laut Kommission der EU bereits mehr als eine Million „Erasmus-Babys“ beschert, deren Eltern sich während des Auslandsaufenthalts kennengelernt haben.

Sylvia-Yvonne Kaufmann □

## In eigener Sache

Nach mehr als 30jähriger Tätigkeit für die BERLINER STIMME verabschiede ich mich mit dieser Ausgabe als verantwortlicher Redakteur. Es waren spannende und ereignisreiche Jahre. Ich bedanke mich ganz herzlich für die Unterstützung, für die Anregungen, die Kritik. Und dafür, dass Sie als Abonentinnen und Abonnenten der Berliner Stimme über all die Jahre ihr Erscheinen garantiert haben.

Als Nachfolgerin übernimmt Christina Bauermeister die Redaktion. Sie hat bei der Märkischen Allgemeinen Zeitung ihre journalistische Ausbildung absolviert und seit dem Sommer 2015 im Landesverband den Wahlprogrammprozess begleitet. Sie freut sich auf die neue Aufgabe.

Ulrich Horb □

FES-Studie:

## Ungleichheit bremst Wachstum

**Die zunehmende Ungleichheit in Deutschland schmälert das Wirtschaftswachstum um mehrere Milliarden Euro - zu diesem Ergebnis kommt eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Auftrag gegebene Studie.**

Weil die Schere bei den Einkommen seit 1991 immer weiter aufgegangen ist, habe das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 um knapp 50 Milliarden Euro niedriger gelegen als dies bei gleichbleibender Verteilung der Fall gewesen wäre. Das entspricht einer rund zwei Prozentpunkte geringeren Wachstumsrate über den Gesamtzeitraum (1991-2015), so die Analyse der Wissenschaftler des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die im Auftrag der FES die Studie erstellt haben. Dieser Effekt sei vor allem dadurch zu erklären, dass die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen weniger in ihre Aus- und Weiterbildung investierten.

PM □

## Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin  
**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
 Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

# „Berlin gut und sozial gerecht regieren“

Michael Müller im Interview über die Ziele der rot-rot-grünen Koalitionsvereinbarung

**SPD, Linke und Grüne haben sich in einem Koalitionsvertrag auf gemeinsame Ziele für die Stadt verständigt. Im Interview mit dem BERLINER STADTBLATT erläutert Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) die Schwerpunkte.**

*Herr Müller, hinter Ihnen liegen intensive Verhandlungstage zum Koalitionsvertrag. Was wird jetzt anders und liegt Ihnen persönlich besonders am Herzen?*

Wir wissen, dass es in Berlin viel zu tun gibt. Vor allem müssen wir die Infrastruktur fit für die wachsende Stadt machen und besser und schneller werden - Stichwort Bürgeramt. Insgesamt ist es uns aber in den letzten Jahren gelungen, Berlin auf einen erfolgreichen Weg zu bringen. Wenn man allein bedenkt, dass die Arbeitslosigkeit heute auf dem niedrigsten Stand seit der Wende ist. Es geht jetzt vor allem darum, diese Entwicklung sozial gerecht und nachhaltig zu gestalten. Besonders wichtig bleibt mir dabei, das Recht auf bezahlbares Wohnen und auf persönliche Sicherheit zu garantieren. Wir werden deutlich mehr sozialen Wohnraum schaffen und die Stadt auch durch zum Beispiel mehr Polizeipräsenz auf den Straßen oder die Kombiwache am Alex erfahrbar sicherer machen.

**Stichwort Investitionen: In welchen Bereichen will die neue Koalition Schwerpunkte setzen?**



Michael Müller.

Foto: Horb

Wir wollen natürlich mit der Sanierung der Schulen vorankommen und werden wie versprochen in den nächsten zehn Jahren alle Schulen sanieren und neue bauen. Investitionen in bezahlbares Wohnen werden ebenso wichtig wie in eine gute Verkehrsstruktur - vorrangig mit dem Ausbau des ÖPNV und durch mehr Investitionen in den wachsenden Fahrradverkehr. Aber auch der Straßenbau wird nicht zu kurz kommen. Wir wissen, dass viele auf das Auto angewiesen sind und wollen einen guten Verkehrsmix.

**Erstmals arbeiten in Berlin jetzt drei Parteien in einer Koalition zusammen. Wie**

**schwer ist es, die unterschiedlichen Interessen zusammenzuführen?**

Wir haben in vertrauensvoller und angenehmer Atmosphäre einen guten Koalitionsvertrag verhandelt. Man hat gespürt, dass die drei Parteien zusammen viel bewegen wollen. Es ist dabei natürlich hilfreich, wenn man in den Einschätzungen und Projekten politisch übereinstimmt. Das war ja in der Koalition mit der CDU nicht immer so. Unser gemeinsames Interesse ist, Berlin weiter auf einem guten Kurs zu halten, mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen und die Stadt gut zu regieren.

**Das Wahlergebnis hat gezeigt, dass ein Teil der Berlinerinnen und Berliner ein Misstrauen gegenüber der Politik entwickelt hat, dem nur schwer beizukommen ist. Wie wollen Sie in den kommenden Jahren Vertrauen zurückgewinnen?**

In erster Linie durch gutes Regieren. Die Menschen müssen Verbesserungen in ihrem Alltag spüren. Durch die Bezahlbarkeit ihrer Wohnung, ein gutes Lernumfeld für ihre Kinder, gerechte Löhne, gute und verlässliche Verkehrsverbindungen und Ämter, die ihnen helfen, wenn sie darauf angewiesen sind. Außerdem werde ich weiterhin möglichst oft den direkten Kontakt zu den Berlinerinnen und Berlinern in meinen Bürgersprechstunden und Veranstaltungen im Roten Rathaus sowie bei Bezirkstouren suchen. **Fragen: U. Horb** □

Koalitionsvertrag:

## Bürgernahe Verwaltung und mehr Investitionen

Koalitionsvertrag setzt klare Schwerpunkte - Soziale Fragen im Mittelpunkt

**In zwei Wochen zum Bürgeramt: Das ist eines der Ziele, die sich Rot-Rot-Grün beim Thema Verwaltung und Personal gesetzt haben. Dazu sollen Verwaltungsabläufe verbessert und mehr Dienstleistungen online angeboten werden. Neben der Online-Terminvergabe sollen künftig für die Wartemärkte die Wartezeiten in den Bürgerämtern tagesaktuell im Internet angezeigt werden. Ein Servicekonto Berlin soll den Bürgerinnen und Bürgern bis Ende 2017 den personalisierten Zugang zu Dienstleistungen ermöglichen. So können beispielsweise Anwohnerparkausweise künftig online verlängert werden.**

Die Bürgerämter sind aber nur eines von insgesamt vier Leuchtturm-Projekten, auf die sich die drei verhandlungsführenden Parteien geeinigt haben. Auch der dringend notwendige Schulneubau, die stadt-

weite Unterbringung von Geflüchteten und Wohnungslosen sowie der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur gehören dazu. Bei allen vier Projekten soll die Zusammenarbeit der Verwaltungsebenen so verbessert werden, dass ein rascher Start ermöglicht werden kann.

Auch auf den erhöhten Personalbedarf reagiert Rot-Rot-Grün. 5000 bis 6000 neue Beschäftigte werden in den kommenden Jahren jährlich gesucht, 1000 davon für neu geschaffene Stellen. Vor allem Lehrkräfte werden gebraucht. Die altersbedingte Fluktuation soll gleichzeitig dazu genutzt werden, effizientere Strukturen zu schaffen. Die Zuständigkeiten sollen deshalb gebündelt werden, künftig soll sich eine Staatssekretärin oder Staatssekretär um sämtliche Personalthemen kümmern.

Der öffentliche Dienst soll aber nicht nur effizienter werden, sondern auch attraktiver für potenzielle Arbeitnehmer. Um Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten, sollen die Rahmenbedingungen wie die Ausstattung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Einstellungsverfahren sollen zudem unter anderem durch E-Recruiting von aktuell 38 Wochen auf drei Monate ab Ausschreibung verkürzt werden.

Auch die Sanierung, der Ausbau und die Modernisierung von Infrastruktur werden im Vordergrund stehen. Investitionen werden demnach Vorrang haben. Dabei setzen die drei Parteien auf Planungssicherheit mittels 10-jähriger Investitionsprogramme.

Von zentraler Bedeutung wird dabei auch das Thema Schulneubau und Schulsanierung sein. Um den Schulneubau schneller vorantreiben zu können, will die Koalition eine landeseigene Gesellschaft schaffen. Public Private Partnership hingegen

**Fortsetzung Seite 4**

**Fortsetzung von Seite 3**

schließen die drei Parteien aus. Rot-Rot-Grün hat sich zudem darauf verständigt, die Investitionsquote anzuheben, ab 2018 soll das Investitionsvolumen mindestens zwei Milliarden Euro jährlich betragen. „Das ist eine Verbesserung von mehreren 100 Millionen Euro“, betonte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Torsten Schneider. Aber auch die Haushaltskonsolidierung lässt Rot-Rot-Grün nicht aus dem Blick. Mindestens 80 Millionen Euro jährlich sollen in die Schuldentilgung fließen.

Einigkeit besteht auch bei der Positionierung Berlins auf Bundesebene. So wird Berlin im Bundesrat keinerlei Initiative zustimmen, die die Einnahmehasis des Landes Berlin schmälert. In der Liegenschaftspolitik hat Rot-Rot-Grün beschlossen, den Kurs weiter fortzuführen und sich im Bund weiter für eine neue Liegenschaftspolitik einzusetzen, die eine Abkehr eines Verkaufs von bundeseigenen Grundstücken zum Höchstpreis vorsieht.

In den kommenden fünf Jahren wolle die rot-rot-grüne Koalition „die Stadt sozialer und lebenswerter machen“, erklärt Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller im Interview mit der Berliner Zeitung. „Das Ziel eines guten Zusammenlebens, des sozialen Zusammenhalts in dieser vielfältigen und wachsenden Stadt haben wir für



Erfolgreicher Abschluss: Die große Verhandlungsrunde der drei Parteien..

Foto: privat

alle Ressorts in den Mittelpunkt gerückt. Den sozialen Missständen, die es gibt, zu begegnen, ist die gemeinsame zentrale Aufgabe.“

Als Dreier-Koalition, so Müller, werde man anders als bisher miteinander umgehen, um erfolgreich zu sein. „Wir haben uns einen kooperativen Stil vorgenommen und werden uns eng abstimmen.“ Es gebe den Willen aller, so Müller, diese neue Politik wirklich zu leben. „In den Koalitionsverhandlungen war die Aufbruchsstimmung deutlich zu spüren.“

Das Profil werde „sicher schärfer als es in den vergangenen Jahren möglich war“, sagte Müller. „Das halte ich für gut. Unterschiedliche politische Konzepte müssen

für die Wähler erkennbar sein. Wir sind ein klares linkes Bündnis, wir werden aber trotzdem für die gesamte Stadt Politik machen. Die drei Partner kommen zusammen auf gerade einmal 52 Prozent der Wählerstimmen – wir wollen und werden die anderen 48 Prozent aber nicht vergessen. Die SPD verfolgt den Anspruch, Politik für die ganze Stadt zu machen. Klientelpolitik ist nicht unsere Sache.“

Die Linkspartei lässt über den Koalitionsvertrag in einer Mitgliederbefragung abstimmen, die Grünen wollen über den Vertrag und die grünen Senatsmitglieder auf einer Landesdelegiertenkonferenz am 3. Dezember um 11 Uhr in Kreuzberg beraten

Marisa Strobel / BS □

## „Ein starkes politisches Signal“

Koalitionsvertrag: ASG begrüßt Zuständigkeit für Gesundheit und Pflege

**„Nach nunmehr 25 Jahren werden die Bereiche Gesundheit und Pflege endlich wieder von der SPD verantwortet, das ist ein starkes politisches Signal“, freut sich Boris Velter, Vorsitzender der Berliner Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokrat\*innen im Gesundheitswesen.**

„Gemeinsam mit den vielen Expert\*innen, die sich in der ASG Berlin engagieren, haben wir gute und zukunftsweisende Ideen für die Bereiche entwickelt, die nicht nur in unser SPD-Wahlprogramm, sondern später auch in die Verhandlungen zum Koalitionsvertrag eingeflossen sind“, so Velter. „Daher ist es besonders erfreulich, dass diese Ideen nun auch von einem SPD-geführten Haus umgesetzt werden können. Ich erhoffe mir, dass die SPD mit den Themen Gesundheit und Pflege bei den Berlinerinnen und Berlinern punkten und einen wichtigen Beitrag zum Leben in unserer Stadt leisten kann – auch und gerade im Sinne sozialer Gerechtigkeit. An dieser Stelle möchte ich mich auch nochmal ausdrücklich bei unseren Koalitionspartnern für die sachlichen und konstruktiven Verhandlungen bedanken, gemeinsam haben

wir ein starkes gesundheits- und pflegepolitisches Programm für Berlin aufgestellt.“

In den Koalitionsverhandlungen sei der Anspruch von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen deutlich geworden, die Gesundheitsversorgung gerechter zu gestalten, gesundheitsfördernde Lebensverhältnisse zu schaffen und die Ursachen gesundheitlicher Ungleichheit zu bekämpfen.

Zu einer gerechten und gleichberechtigten Gesundheitsversorgung gehöre natürlich auch, die ärztliche und psychotherapeutische Versorgung berlinweit bedarfsgerecht sicherzustellen. Wo nötig werde sich Rot-Rot-Grün für eine Öffnung der Krankenhäuser zur ambulanten Versorgung einsetzen. In der Krankenhausfinanzierung solle eine Trendwende eingeleitet werden, damit die Krankenhäuser nötige Investitionen tätigen können. Krankenhausinfektionen sagt die Koalition unter anderem durch ein eigenes Aktionsprogramm den Kampf an.

„Damit Menschen gar nicht erst krank werden, soll die Gesundheitsförderung und Prävention ausgebaut werden“, so Velter. „Thematisch gibt es eine Neuausrich-

tung: Ein Schwerpunkt wird im Bereich Kindergesundheit liegen, die im Rahmen einer Gesamtstrategie gegen Kinderarmut gefördert werden soll.

Soziale Gerechtigkeit drückt sich auch darin aus, ob unser Gesundheitswesen allen Menschen den gleichen Zugang bietet. Das gilt vor allem für diejenigen, die hier vor besonderen Hürden stehen, wie ältere und hochbetagte Menschen, Menschen mit Behinderung oder Geflüchtete. Für diese Menschen wird die Koalition zielgenaue Angebote entwickeln und so ihre Teilhabe sicherstellen. Dabei wird auch der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) eine große Stütze sein, den die Koalition insgesamt stärken will. Auch auf Bundesebene wird Rot-Rot-Grün gesundheitspolitische Akzente setzen: Das Land Berlin wird im Bundesrat für die Einführung der Bürgerversicherung kämpfen, um die Zwei-Klassen-Medizin im Wartezimmer zu beenden. Mit einer Initiative für einen bundesweit einheitlichen Personalschlüssel wird sie zudem dafür sorgen, dass jedes Krankenhaus ausreichend Personal für eine gute Versorgung der Patientinnen und Patienten bereitstellt.“

BS □

AG Selbst Aktiv:

# „Die meisten Punkte finden sich wieder“

Rainer-Michael Lehmann: Koalitionsvertrag ist ein großer Erfolg

**Am 17. November wurde nach 6 Wochen intensiver Verhandlungen die Koalitionsvereinbarung zwischen den Verhandlungsführern von SPD, Linken und Bündnisgrünen vorgestellt. Ich durfte in einer vorbereitenden Arbeitsgruppe und in einer Verhandlungsgruppe dabei sein.**

Aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv kann ich sagen, dass die meisten Punkte, die der AG wichtig sind, sich auch tatsächlich im Koalitionsvertrag wiederfinden. Er ist einer der umfangreichsten, den ich je erlebt habe. Da das Thema Inklusion ein Querschnittsthema ist, findet man in allen Bereichen etwas zu den Fachbegriffen Barrierefreiheit, Behinderung und eben Inklusion.

Leider befindet sich aber der entscheidende Kernsatz erst auf Seite 88 des Vertrages. Da heißt es nämlich: „Die inklusive Gesellschaft ist die Leitidee der Politik der Koalition.“ Diesen Satz hätten wir uns in der Präambel gewünscht, wo Menschen mit Behinderungen gar nicht vorkommen.

Der inklusiven Schule wird eine breite Aufmerksamkeit gewidmet - das ist auch sehr gut so. Dieses wird nämlich ein sehr großes Projekt werden, welches eine lange Umsetzungsperiode braucht und dementsprechend auch mit vielen finanziellen Mitteln untermauert werden muss. Deshalb ist es richtig, hier zunächst mit 36 Schulen zu starten, die bis 2020/21 die Möglichkeit erhalten, sich als Inklusive Schwerpunktschulen zu profilieren.

Die Koalition hat sich hier verständigt, einen Umsetzungsplan auf dem Weg zur inklusiven Schule zu erarbeiten, denn viele Punkte sind hier noch zu berücksichtigen, wie z.B. die Wiedereinführung des Fachbeirates Inklusion, Barrierefreiheit, Grundausstattung für Inklusion, multiprofessionelle Teams, Fortsetzung des eingeführten Systems der schulpsychologischen und inklusionpädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ). Besonders begrüßen wir, dass die Koalition das Ziel verfolgt, die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Haushaltsvorbehalt nach § 37 Abs. 3 des Schulgesetzes entfällt. Hier wünschen wir uns jedoch konkretere Zeitangaben.

Im Bereich Bauen Wohnen sehen wir im Koalitionsvertrag die bisherigen größten Defizite, wenn es um Menschen mit Beeinträchtigungen geht.

Barrierefreiheit wird zwar im Wohnungsbau benannt - eine genaue prozentuale Festlegung fehlt aber. Positiv ist hier zu erwähnen, dass die Bauordnung novel-



Rainer-Michael Lehmann ist Landesvorsitzender der AG Selbst Aktiv Berlin. Foto: SPD/J. Gern

liert werden soll, dann finden vielleicht auch unsere in der Vergangenheit genannten Forderungen hier Einzug.

Im Bereich Stadtentwicklung fehlt das gesamte barrierefreie Wohnumfeld, hingegen wird von „grün geprägten Quartieren mit geringer Bodenversiegelung gesprochen“ - eine Horrorvorstellung für Menschen, die sich nur im Rollstuhl fortbewegen können.....

Beim Denkmalschutz findet unser Thema gar keine Erwähnung - hier darf es nicht dazu kommen, dass der Denkmalschutz Vorrang vor barrierefreier Zugänglichkeit bekommt.

Im Bereich Verkehr soll ein Gesamtkonzept für die Mobilitätssicherung von Menschen mit Behinderung entwickelt werden, was wir ausdrücklich begrüßen.

Alle positiv zu wertenden Aspekte auszuführen, würde zu weit führen, aber hervorzuheben sind die Einführung des Inklusionstaxis (10%), die Verbesserung des Sonderfahrdienstes, die bessere Verzahnung aller Verkehrsmittel und Einführung sprechender Busse und Bahnen.

Das für Menschen mit Beeinträchtigungen entscheidendste Kapitel findet sich unter der Überschrift „Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken“. Hier finden sich all unsere Forderungen wieder.

Auch hier kann ich die Themen nur kurz anreißen - Entwicklung eines ressortübergreifenden Konzeptes zur Umsetzung der Behindertenpolitischen Leitlinien mit den Fachleuten, Weiterentwicklung des Landesgleichberechtigungsgesetzes, Begleitung des neuen Bundesteilhabegesetzes mit der Maßgabe, dass Neuregelungen nicht dazu führen dürfen, dass den betroffenen Menschen davon Nachteile entstehen, Weiterentwicklung des trägerübergreifenden persönlichen Budgets, Gesamtkonzept zur Mobilitätssicherung, Sicherung der Mobilitätshilfedienste, medizinische Regelfversorgung weiter verbessern,

Anerkennung der Taubblindheit als eigenständige Behinderung, Aussetzung der Konvergenzphase II, Einführung des Budgets für Arbeit, stärkere Förderung der Integrationsbetriebe und Integrationsfachdienste, Einführung des inklusiven Wahlrechts, mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, Erlass eines Landesantidiskriminierungsgesetzes.

Für die AG Selbst Aktiv ist es ein großer Erfolg, dass sich all diese Themen in der Koalitionsvereinbarung wiederfinden und dadurch deutlich wird, dass Berlin wirklich eine Stadt für alle werden soll. Auf einzelne Defizite habe ich aber auch schon hingewiesen. Hier blieben noch die Bereiche Kultur und Berliner Bäderbetriebe zu erwähnen, wo anscheinend ein inklusiver Gedanke noch nicht ausreichend angekommen ist.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Koalitionsvereinbarung aus behindertenpolitischer Sicht ein großer Erfolg ist - viele Dinge finden sich hier in den unterschiedlichsten Bereichen wieder - wir werden als Selbst Aktiv die Umsetzung konstruktiv und wenn nötig auch kritisch begleiten. **Rainer-Michael Lehmann** □

AG Migration &amp; Vielfalt:

## „R2G ist Aufbruch für Vielfalt und Teilhabe“

**Als positiv hat Daniela Kaya, Landesvorsitzende der AG Migration und Vielfalt, die jetzt veröffentlichte Koalitionsvereinbarung bewertet.**

„Nach fünf Jahren Stillstand läutet Rot-Rot-Grün nun den Paradigmenwechsel für Vielfalt, Teilhabe und eine humane Asylpolitik ein“, so Daniela Kaya. „Anstelle des bisherigen bloßen Verwaltens des Status Quo wird R2G die Einwanderungsmetropole Berlin gestalten. Die Koalitionsvereinbarung atmet den neuen Geist einer emanzipatorischen Politik. Die soziale Frage rückt nun wieder in den Fokus. Mit dem neuen Regierungsbündnis verbinden wir die Chance, Berlin wieder zur Vorreiterin in den Themen Migration und Vielfalt zu machen.“

Die AG Migration und Vielfalt freue sich, dass ein Landesantidiskriminierungsgesetz kommen werde. Einen Durchbruch sehe die AG im Aufenthaltsrecht: u.a. mit dem Ziel, die Einbürgerungen berlinweit zu vereinheitlichen und zu erleichtern, mit der Erweiterung des Familienbegriffs und der Hinwendung zu einer humanen Asylpraxis in der Stadt. **BS** □



Neuer SGK-Vorstand.

Foto: Hanschke

## SGK wählte Vorstand

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Berlin e.V. (SGK Berlin) hat auf ihrer Jahreshauptversammlung Anfang November einen neuen Vorstand gewählt.

Alter und neuer Landesvorsitzender ist der ehemalige Baustadtrat aus Tiergarten Horst Porath (von 1989 bis 2000). Sein 1. Stellvertreter wurde Frédéric Verrycken, MdA, weitere Stellvertreter sind Ellen Haußdörfer (Bezirksverordnete in Treptow-Köpenick), Irene Köhne und Martina Hartleib (stellv. Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in der SPD). Zum Schatzmeister wurde Oliver Igel (Bezirksbürgermeister in Treptow-Köpenick) gewählt. Schriftführerin ist Barbara Scheffer (Mitglied im Landesvorstand der SPD und Beauftragte für Kultur im Landesvorstand der SPD).

## „Zwangsarbeit war sichtbar“

Bundestagsabgeordnete Matthias Schmidt und Swen Schulz besuchten Dokumentationszentrum

In einer gemeinsamen Initiative haben sich die Bundestagsabgeordneten Matthias Schmidt und Swen Schulz für die Stärkung des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit eingesetzt.

Das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit ist ein Kleinod im südöstlichsten Berliner Bezirk Treptow-Köpenick. Seit 2006 wird hier auf Beschluss des Abgeordnetenhauses am authentischen Ort die Geschichte der zivilen Zwangsarbeit im Nationalsozialismus beleuchtet. Das historische Gelände mit seinen fast vollständig erhaltenen Gebäuden befindet sich mitten in einem Wohngebiet von Schöneweide und zeigt damit exemplarisch: Zwangsarbeit fand vor aller Augen statt und war damit sichtbar.

Das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit ist über die Jahre zu einem gefragten Ort für Bildung, Forschung und internationale Begegnung geworden. Aus aller Welt laufen hier Anfragen von Wissenschaft, Behörden und Einzelpersonen zusammen, um die Geschichte deutscher und europäischer Zwangsarbeit zu erforschen, das Schicksal von Menschen zu

# Wahl mit Hindernissen

Bezirksamtsbildung noch nicht überall abgeschlossen

**Erst Mitte Dezember soll in Lichtenberg ein neuer Anlauf zur Bezirksamtswahl unternommen werden. Auch in einigen anderen Bezirken dauert es diesmal länger.**

In **Lichtenberg** kam es bei der Wahl der Bürgermeisterkandidatin der Linken Evrim Sommer am 17. November zum Eklat. Kurz vor dem Wahlgang wurden Vorwürfe publik, die frühere Abgeordnete habe sich einen Hochschulabschluss bereits zu einem Zeitpunkt zugeschrieben, als sie ihn noch gar nicht hatte. Evrim Sommer fiel anschließend in zwei Wahlgängen durch und verzichtete wenige Tage später auf eine erneute Kandidatur. Teilen ihrer eigenen Fraktion warf sie dabei parteischädigendes Verhalten vor. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Kevin Hönicke betonte den Willen der SPD zu einer kooperativen Zusammenarbeit mit der Linken. „Natürlich sind neue Personalvorschläge gesondert und vor allem inhaltlich zu bewerten.“

In **Marzahn-Hellersdorf** ist Gordon Lemm zum Stadtrat für Schule, Sport, Jugend und Familie gewählt worden.

Nachdem die SPD-Kandidatin Franziska Drohsel in **Steglitz-Zehlendorf** im Oktober von CDU und AfD abgelehnt worden war (s. BS23-2016), verzichtete sie auf eine er-

neute Kandidatur. In einer Erklärung stellte sie fest: „Politik in der parlamentarischen Demokratie beruht auf Kompromissen mit anderen politischen Kräften. Dazu war und bin ich immer bereit. Das heißt in meinen Augen aber nicht, seine politischen Überzeugungen zu relativieren. Wenn das aber Bedingung zur Wahl der Stadträtin in Steglitz-Zehlendorf ist, stehe ich nicht mehr zur Verfügung.“ Das für Franziska Drohsel vorgesehene Ressort Jugend und Sport wird zunächst von Michael Karnetzki mit betreut, bis eine neue Wahl erfolgt ist.

In **Spandau** hatte die CDU Gespräche mit der SPD abgebrochen und gemeinsam mit der AfD die Wahl von Helmut Kleebank blockiert. Am Mittwoch wurde er nun von einem Vier-Parteien-Bündnis mit 28 zu 27 Stimmen wiedergewählt. Neben Grünen und Linken unterstützte auch die FDP den Sozialdemokraten.

In **Friedrichshain-Kreuzberg** ist zwar die grüne BVV-Vorsteherin im dritten Anlauf gewählt worden, die grünen StadtratskandidatInnen stehen aber erst Mitte Dezember fest. Die SPD hat Andy Hehmke mit fast 86% der Delegiertenstimmen als Nachfolger des nach zehn Jahren scheidenden Stadtrats Peter Beckers nominiert. **BS** □



Sven Schulz und Matthias Schmidt im Dokumentationszentrum mit Dr. Christine Glauning und dem Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, Prof. Dr. Andreas Nachama.

klären oder auch zu Entschädigungsfragen zu recherchieren. Mit Ausstellungen, Konferenzen und Seminaren wird hier eine unverzichtbare geschichtspädagogische Arbeit geleistet. Eine wichtige Aufgabe von hoher gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, die ohne finanzielle Unterstützung durch Bund und Land nicht möglich wäre.

Eine Einschätzung, die die Bundestagsabgeordneten Matthias Schmidt und Swen Schulz teilen. Ihnen war es in den Haushaltsberatungen für 2016 gelungen, eine

deutliche Aufstockung der Projektmittel für die Forschungs- und Bildungsarbeit in Höhe von 330.000 € zu erreichen. Darüber hinaus wird das Dokumentationszentrum ab 01. Januar 2017 auch in die institutionelle Förderung des Bundes aufgenommen. Dieser Erfolg war Anlass der beiden Bundestagsabgeordneten, sich vor Ort bei der Leiterin der Einrichtung, Dr. Christine Glauning, und dem Direktor der übergeordneten Stiftung Topographie des Terrors, Prof. Dr. Andreas Nachama, über die neuesten Entwicklungen der Bildungsstätte und die weiteren Planungen zu informieren. „Es ist großartig zu sehen, wie öffentliche Förderung zur Realisierung derart wichtiger Bildungsprojekte beiträgt. Das sind Investitionen, die sich lohnen“, so Matthias Schmidt und Swen Schulz, „Zeitgeschichte wird hier vor Ort für die Menschen erfahrbar gemacht.“

Ende November wurde mit der „Geschichte der italienischen Militärinternierten“ eine neue Ausstellung im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in der Britzer Str. 5, in 12439 Berlin eröffnet. Hingehen lohnt sich! **U. W.** □

# Erfolgreiche Verhandlungen für Berlin

## Bundeshaushalt: Anerkennung für die Kultur, mehr Sicherheit

**Die Bemühungen waren erfolgreich: Berlin bekommt deutlich mehr Bundesmittel für Kulturprojekte und für die Sicherheit in der Stadt. Darauf haben die beiden Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Eva Högl und Swen Schulz hingewiesen.**

Der Kulturhaushalt steigt um über 266,8 Millionen Euro auf rund 1,594 Milliarden Euro. Der Bund, so Swen Schulz, der die SPD Berlin im Haushaltsausschuss vertritt, werde für die Wiedererrichtung der Schinkelschen Bauakademie 62 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Damit schließe sich eine weitere städtebauliche Lücke im historischen Zentrum Berlins, so Eva Högl. „Mit der Bauakademie können wir die Schinkelschen Ideale in das 21. Jahrhundert übertragen und das Gebäude als ein Forum für nachhaltiges Bauen und Bauen 4.0 nutzen.“

Die historischen Kolonnaden an der Schlossfreiheit Berlin sollen für 18,5 Millionen Euro wiedererrichtet werden. Die St. Hedwigs-Kathedrale und das Bernhardt-Lichtenberg-Haus erhalten 12 Millionen Euro für Sanierung und Umbau. „Das ist ein starkes Bekenntnis des Bundes zur historischen Mitte Berlins“, stellt Swen Schulz fest. „Über 90 Millionen Euro stellen wir zusätzlich zur Verfügung, damit an drei wichtigen Stellen der historischen Mitte Berlins Maßnahmen finanziert wer-



Die Schinkelsche Bauakademie kann mit Bundesmitteln fertiggestellt werden. Foto: Horb

den, die schon lange diskutiert werden, für die es aber bisher keine Finanzierung gab. Das ist auch ein großer Erfolg von Michael Müller und Kulturstatssekretär Tim Renner, ohne den das vielleicht nie geklappt hätte.“

Für die Sanierung der Hohenzollerngruft im Berliner Dom stellt der Bund 8,65 Millionen Euro bereit. „Der Dom“, so Eva Högl, „hat für Berlin nicht nur eine besondere historische Bedeutung, er ist auch geistlicher Ort für zentrale Gottesdienste, Staatsakte und bedeutende Veranstaltungen. In die „Alte Münze“ investiert der Bund zusätzlich 12,5 Millionen Euro und setzt damit ein besonderes Zeichen für die Verknüpfung

von Tradition und Moderne. Mit 8,65 Millionen Euro erhält eines der weltweit bekanntesten Theater, das Berliner Ensemble, Gelder aus dem Bundeshaushalt.“ Der Fachausschuss Kulturpolitik begrüßte das Ergebnis. Neben zahlreichen Förderungen von Kulturprojekten und Kulturveranstaltungen, z. B. der Berliner Festspiele, der Stiftung Deutsche Kinemathek sowie dem alten Brecht-Theater, würden auch wichtige Orte unserer Geschichte, gefördert, so die Vorsitzende Barbara Scheffer.

### SICHERHEIT GESTÄRKT

Die SPD hat sich zudem erfolgreich für eine massive Aufstockung von Stellen und Sachmitteln bei der Bundespolizei und beim Bundeskriminalamt eingesetzt und damit die öffentliche Sicherheit gestärkt. Eva Högl, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion: „Das ist ein wichtiges Signal, dass Gesetzesverschärfungen allein nicht reichen, sondern wir eine gut ausgestattete Polizei brauchen. Zudem tragen wir damit der großen Herausforderung Rechnung, sowohl den islamischen Terrorismus als auch rechtsterroristische Aktionen in Deutschland effektiver zu bekämpfen.“

Für das Technische Hilfswerk habe die SPD ein Fahrzeugprogramm durchgesetzt, damit endlich neue LKW und Bergungsräumgeräte beschafft werden können, mehr Mittel zur Stärkung des Ehrenamtes für eine Kampagne zur Helfer- und Nachwuchsförderung und mehr Mittel für Personal.

Der SPD sei es zudem zu verdanken, dass die Personal- und Sachmittel für die Bundeszentrale für politische Bildung weiter erhöht wurden. „Damit haben wir sämtliche Kürzungen der schwarz-gelben Regierungszeit endlich wieder rückgängig gemacht“, so Eva Högl. „Ein großer Erfolg ist in diesem Zusammenhang auch, dass für Manuela Schwesigs Programm „Demokratie leben!“ die Mittel verdoppelt wurden. Damit kann eine gute Extremismusprävention in Vereinen und Initiativen unterstützt werden. Das sind wichtige Bausteine im Kampf gegen Rassismus und Populismus.“

Der Neuköllner SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Fritz Felgentreu zog für seinen Bereich ebenfalls eine positive Bilanz. „Besonders im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik sowie bei der Integration junger Geflüchteter wurde der aus familienpolitischer Sicht bereits gute Haushaltsentwurf durch den Einsatz der SPD noch entscheidend verbessert“, so Felgentreu. **BS** □

### Ausbildung:

## Jugendberufsagentur jetzt in allen Bezirken

**Mit der Eröffnung des Standorts in Mitte im November ist die Jugendberufsagentur (JBA) jetzt in allen Berliner Bezirken vertreten.**

Die JBA Berlin ebnet Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zum 25. Lebensjahr den Weg in eine Ausbildung oder ein Studium. Sie wird getragen vom Land Berlin und der Bundesagentur für Arbeit und bündelt deren entsprechende Angebote.

Arbeitsministerin Dilek Kolat (SPD): „Jugendberufsagenturen sollen beim Übergang von Schule in Ausbildung, Studium und Beruf helfen und Hilfsangebote bündeln, die bislang von öffentlichen Stellen und den Verbänden in Eigenregie angeboten werden. So kann jedem jungen Menschen in Berlin schon bald schneller, unbürokratischer und individueller beim Weg ins Berufsleben geholfen werden.“

Die Jugendberufsagentur Mitte befindet sich in der Lehrter Straße 46, 10557 Berlin. **BS** □

### Finanzen:

## Gute Investitionen in nachhaltige Firmen

**Trotz aller Schulden - Berlin hat auch Vermögen. 823 Millionen Euro hat das Land als „Versorgungsrücklage des Landes Berlin“ für die Pensionen von Beamtinnen und Beamten angespart.**

Bis zu 15 Prozent dieser Mittel werden derzeit in Aktien angelegt, angesichts niedriger Zinsen soll der Aktienanteil möglicherweise bald auf 25 Prozent erhöht werden. Dabei will das Land, so Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen, allerdings nur noch in Firmen investieren, die hohen Standards genügen: So sind Firmen ausgeschlossen, die mit fossilen Brennstoffen, Atomenergie oder Rüstung ihr Geld verdienen.

Mit Hilfe von zwei Finanzdienstleistern wird dafür jetzt ein Aktienindex entwickelt, der diesen Kriterien entspricht. Verwaltet wird die Berliner Rücklage von der Bundesbank, die sie den Vorgaben entsprechend anlegt. **BS** □

# „Berlin gemeinsam gestalten“

Landesparteitag der Berliner SPD berät den Koalitionsvertrag und weitere Anträge

**Im InterContinental Berlin in der Budapester Straße 2 kommen am Montagabend die Landesparteitagsdelegierten der Berliner SPD zusammen, um über die Koalitionsvereinbarung mit der Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen zu beraten. Neben dem rund 180 Seiten umfassenden Vertragstext liegen zwei Antragsbücher mit zusammen rund 140 Seiten vor. Beginn ist um 17:30 Uhr.**

Der SPD-Landesvorsitzende und Regierende Bürgermeister Michael Müller wird den in gut sechswöchigen Beratungen ausgehandelten Koalitionsvertrag vorstellen. Viele Punkte des Wahlprogramms finden sich darin wieder. Aber auch eine ganze Reihe von eingebrachten Anträgen finden mit ihm ihre Erledigung, so das Votum der Antragskommission. Für eine Reihe weiterer Anträge hat die Antragskommission aus Zeitgründen die Vertagung empfohlen. Beraten werden sollen einige aktuelle Anträge, darunter auch solche mit bundespolitischen Themen, die Relevanz für das Wahlprogramm auf Bundesebene haben. Dazu gehören zwei Anträge aus Friedrichshain-Kreuzberg zur Sicherung der Renten und zur geplanten Bundesfernstraßengesellschaft.

Zur Annahme ist ein Antrag empfohlen, der eine Anrechnung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Leistungsprämien auf den Mindestlohn verhindern will. Werden



Landesparteitag: Am Montag beraten die Delegierten den Koalitionsvertrag.

solche kollektiv vereinbarten Sonderzahlungen wie in einigen Gerichtsentscheidungen geschehen angerechnet, läge der tatsächliche Lohn unter 8,50 Euro.

Ein weiterer zur Annahme empfohlener Antrag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags auf, sich für eine finanzielle Erhöhung, mindestens aber eine Verdopplung der Mittel einzusetzen, mit denen bedürftigen Kindern im Rahmen des „Bildungspaketes“ eine Teilnahme an Sport, Musik, Kultur ermöglicht wird.

Nach Inkrafttreten des Pflegestärkungsgesetzes III zum 1.1.2017 sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass sich

die Berliner Bezirke als „Modellkommune Pflege“ bewerben können. Das fordert ein zur Annahme empfohlener Antrag der Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen. „Es geht dabei um die Sicherstellung von Aufgaben der sozialen Pflegeversicherung und die Verzahnung mit der Infrastruktur vor Ort und der Beratung zu kommunalen (in unserem Fall: bezirklichen) Leistungen zur Pflege und Pflegevermeidung (z.B. Altenhilfe, Hilfe zur Pflege, bürgerschaftliches Engagement)“, heißt es im Antrag. Zur Annahme empfohlen wird auch ein Antrag, der fordert, den Zuschuss für künstliche Befruchtung in Berlin auf nicht verheiratete Paare auszuweiten. Mit einem Inklusionsplan: „SPD Berlin inklusiv 2017-2023“, so fordert es die SPD Mitte, soll die SPD Berlin dafür sorgen, dass „kein Mitglied mehr auf Grund seiner Behinderung am innerparteilichen politischen Leben ausgeschlossen werden darf“. Das Bundesteilhabegesetz soll in einigen Punkten nachgebessert werden.

Im Konsens empfiehlt die Antragskommission die Annahme eines Spandauer Antrags, der Bundeswehreinräte im Innern ablehnt und die entsprechenden Passagen aus dem Hamburger Programm ausdrücklich bekräftigt. „Um der Terrorgefahr zu begegnen, verlangen wir stattdessen eine bessere personelle und materielle Ausstattung der Polizei des Bundes und der Länder“, so die Antragsteller. **BS** □

## Fachausschuss:

# Afrika und Europa im Dialog

6. Dezember: Fachausschuss Internationales lädt zur Veranstaltung im Afrika-Haus

**Am 6. Dezember laden der SPD-Fachausschuss I „Internationale Politik, Frieden und Entwicklung“ und Farafina e.V. zu einer Dialogveranstaltung über Afrika und Europa.**

Der afrikanische Kontinent ist in besonderer Weise Schauplatz von miteinander verwobenen Krisen, verbunden mit Armut, Flüchtlingsbewegungen, Machtmissbrauch transnationaler Konzerne, Erosion staatlicher Ordnungsfunktionen und dem Klimawandel. Auf dem Hintergrund der Ausbreitung eines von Ressentiments bestimmten, Fakten ignorierenden Denkens ist es wichtig, die Details der jeweiligen Problemlagen und ihre strukturellen Ursachen ins Auge zu fassen.

Der FA I der SPD Berlin und Farafina e.V. setzen mit der vorliegenden Kooperationsveranstaltung ihre Auseinandersetzung mit den Entwicklungsperspektiven Afrikas im Zeitalter der krisenhaften Zuspitzung

der Globalisierung mit Referenten fort, die sich als entschiedene Akteure der afrikanischen Diaspora in der Entwicklungszusammenarbeit in unterschiedlichen Arbeitsgebieten und mit unterschiedlichen Perspektiven ausgewiesen haben. Ziel der Veranstaltung ist es, aus dem Erfahrungsaustausch heraus Einsichten und Handlungsperspektiven für eine selbstbewusste Partnerschaft der beiden Kontinente und eine zukunftsfähige Welt zu gewinnen.

➔ Dialogveranstaltung „Afrika und Europa: Zur Rolle von afrikanischer Diaspora, deutscher Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft und Politik in einer schwierigen Partnerschaft“, Dienstag, 6.12.2016, 19 Uhr im Afrika-Haus, Bochumer Straße 25, Berlin-Moabit (Nähe U-Bf. Turmstraße)

➔ Gäste auf dem Podium: Frau Frewyni Habtemariam, stellv. Vorsitzende von Eritrean Initiative for Dialogue and Cooperati-

on e.V., Dr. Boniface Mabanza, Katholische Arbeitsstelle südliches Afrika, Träger des Dorothee-Sölle-Preises für aufrechten Gang 2015, Dr. Fidelis Etah Ewane, Professor für internationale Beziehungen an der European University München **PM** □

## AG Migration & Vielfalt tagt

**Die Arbeitsgemeinschaft AG Migration und Vielfalt lädt am heutigen Sonntagabend zu einer Landesdelegiertenkonferenz.**

Diskutiert werden u.a. die Ergebnisse der Koalitionsvereinbarung, die einen Paradigmenwechsel hin zur Gestaltung der Einwanderungsmetropole Berlin darstellen.

➔ Beginn ist um 10 Uhr im Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin



# Flagge zeigen gegen Gewalt

Am Kurt-Schumacher-Haus weht die Fahne von Terre des Femmes

Jedes Jahr findet am 25. November der von den Vereinten Nationen initiierte Internationale Tag zur Beseitigung jeder Form von Gewalt gegen Frauen statt. Aus diesem Grund hisste der Regierende Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzende Michael Müller zusammen mit der Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen Dilek Kolat am Kurt-Schumacher-Haus die Flagge „Nein zu Gewalt an Frauen – frei leben ohne Gewalt“ der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes. Für die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) waren Martina Hartleib und Anett Seltz dabei. Michael Müller machte deutlich: „Die Berliner SPD verurteilt Gewalt an Frauen. Es ist uns wichtig, dass der Schutz vor solchen Übergriffen verbessert wird.“

Dieses Jahr steht der Aktionstag unter dem Schwerpunktthema „Tür auf! Schutzräume für alle gewaltbetroffenen Frauen“. Berlin hat viel im Kampf gegen Gewalt an Frauen erreicht. Dennoch wurden allein im vergangenen Jahr knapp 14 500 Frauen in Berlin Opfer häuslicher Gewalt. Das ist die Anzahl der Fälle, die bei der Polizei registriert wurden. Die Dunkelziffer ist vermutlich sehr viel höher. Zudem suchten mehrere hundert Frauen und Kinder Schutz in Berliner Frauenhäusern. Besonders oft trifft dies Frauen in ohnehin unsicheren Lebenssituationen oder mit Beeinträchtigungen. „Der Kampf gegen Gewalt an Frauen bleibt eine Daueraufgabe. Wir müssen den Bedürfnissen wohnungssuchender, gewaltbetroffener Frauen und von Frauen mit Behinderung noch stärker Rechnung tragen und zusätzliche Schutzplätze für geflüchtete Frauen vorhalten“, sagte Dilek Kolat.

Die Inanspruchnahme aller bestehenden Hilfsangebote ist hoch. Auch, wenn die Zahl hilfesuchender Frauen im letzten Jahr leicht rückläufig war, hat der Berliner Senat



Beim Hisen der Flagge: Michael Müller, Dilek Kolat, Anett Seltz, Martina Hartleib und Andreas Riese. Foto: Lisa Frerichs

in den vergangenen Jahren den Etat für diese Hilfsangebote aufgestockt. In 2016 wurden die Angebote mit 7,5 Millionen Euro finanziert und weiter ausgebaut. Aktuell gibt es in Berlin sechs Frauenhäuser, fünf Fachberatungsstellen sowie eine rund um die Uhr besetzte Hotline, die betroffenen Frauen auch nachts und an Feiertagen zur Verfügung stehen. Mit diesem Angebot steht Berlin im Ländervergleich an zweiter Stelle hinter Schleswig-Holstein.

Seit 2014 bildet außerdem die Gewaltschutzambulanz der Berliner Charité eine wichtige Anlaufstelle für Opfer von Gewalt. Dort können Frauen, aber auch Männer und Kinder, ihre Verletzungen dokumentieren lassen – auch wenn sie anschließend nicht zur Polizei gehen. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen setzt sich seit Jahren für solch niedrigschwellige Angebote ein, um Frauen vor häuslicher Gewalt besser zu schützen und dieser vorzubeugen. „In der Koalitionsvereinbarung haben wir uns deshalb darauf geeinigt, die Gewaltprävention und das Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen zu erweitern. Dazu gehören der Ausbau der Gewaltschutzambulanz sowie weitere Plätze in Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen“, so Müller weiter.

Lisa Frerichs □

## Kandidaturen in den Wahlkreisen

**Am 17. Dezember finden die ersten Wahlkreis-konferenzen zur KandidatInnen-aufstellung für die Bundestagswahl statt.**

In Pankow kandidiert am 17. 12. erneut Klaus Mindrup, in Friedrichshain-Kreuzberg Cansel Kiziltepe. In Steglitz-Zehlendorf bewirbt sich Ute Finckh-Krämer im kommenden März um die erneute Nominierung. Matthias Schmidt will in Treptow-Köpenick wiedergewählt werden, Eva Högl in Mitte. In Tempelhof-Schöneberg hat Mechthild Rawert ihre Kandidatur angekündigt, die Entscheidung wird am 1. April fallen. Am 21.1.

wird sich Fritz Felgentreu in Neukölln erneut bewerben, Swen Schulz bewirbt sich wieder in Spandau. In Lichtenberg haben Kandidatinnen und Kandidaten bis Mitte Dezember Zeit zur Bewerbung, die Wahl ist im März. In Marzahn-Hellersdorf bewerben sich bislang Enrico Bloch und Dmitri Geidel, geplant ist eine Mitgliederbefragung. In Reinickendorf bewirbt sich bislang Alexander Dzembitzki. In Charlottenburg-Wilmersdorf wird es eine Urabstimmung geben, bei der sich wohl Tim Renner, Ulker Radziwill, Marc Schulte und Fabian Schmitz bewerben.

BS □

## FRAKTION INTERN

**Plenum des Übergangs.** Nach der Konstituierung des Berliner Abgeordnetenhauses und der Wiederwahl des Präsidenten Ralf Wieland am 27. Oktober fand nun am 24. November eine reguläre Plenarsitzung statt.

Zwar ist der Regierende Bürgermeister Michael Müller noch nicht wiedergewählt und damit noch der alte Senat im Amt, jedoch arbeiten SPD, Linke und Grüne im Parlament schon zusammen, schließlich zeichnet sich diese neue Mehrheit nach dem erfolgreichen Abschluss der Koalitionsgespräche ab. Das führte zu der Situation, dass die CDU in der Regierung und der Opposition zugleich war.

**SPD verteidigt sicheren Strafvollzug.** Für die erste Aktuelle Stunde wählte die Mehrheit des Hauses das Thema der AfD: „Innere Sicherheit im Kontext des Strafvollzugs“ aus. AfD-Redner Dr. Hans-Joachim Berg meinte, die neue Koalition wolle „einen rot-rot-grünen Teppich für Berufs- und Gewohnheitsverbrecher“ ausrollen und behauptete, dass der Koalitionsvertrag vorsehe, auf die Inhaftierung von Verurteilten „grundsätzlich zu verzichten“.

Für die SPD-Fraktion antwortete der Rechtspolitiker Sven Kohlmeier und legte sachlich dar, dass sich an der Rechtslage im Wesentlichen nichts geändert habe, da der offene Strafvollzug bereits seit Jahrzehnten neben dem geschlossenen Strafvollzug steht.

„In den offenen Vollzug kommen Gefangene, die zum Beispiel eine Geldbuße nicht bezahlt haben, oder Gefangene, die kurz vor ihrer Haftentlassung stehen. Es handelt sich also um Gefangene, die ohnedies bald entlassen werden.“ Dabei liegt die Rückfallquote bei 0,03 Prozent, wobei es sich dabei meist um eine verspätete Rückkehr wegen verbotenen Alkoholkonsums handelt.

Kohlmeier erzählte in seiner Rede von den Ängsten innerhalb der Bevölkerung und legte dar, dass es für anhaltend gefährliche Straftäter auch die unbegrenzte Sicherungsverwahrung gebe. Er kam zu dem Schluss: „Der Rechtsstaat macht das Mögliche, um seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen.“

**Rot-rot-grüne Koalition startet am 8. Dezember.** Sofern alle Gremien der beteiligten Parteien dem vereinbarten Koalitionsvertrag zustimmen, wird der Regierende Bürgermeister Michael Müller am 8. Dezember im Abgeordnetenhaus wieder gewählt.

Rot-Rot-Grün hat im Abgeordnetenhaus 92 Stimmen, die Mehrheit liegt bei 81 Stimmen.

ff □

Ehrung:

# Beharrliche Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit

## Späte öffentliche Würdigungen für Reinhard Strecker

Seit 1994 verleiht die Arnold-Frey-muth-Gesellschaft, die sich der juristischen Zeitgeschichte widmet, alle zwei Jahre einen Preis an Persönlichkeiten, die sich in besonderer Weise um den demokratischen und sozialen Rechtsstaat verdient gemacht und dabei Zivilcourage gezeigt haben. Der diesjährige Preisträger ist Reinhard Strecker, Friedenauer Sozialdemokrat und langjähriges Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte.

Strecker hatte sich bereits in seiner Studentenzeit mit einem Thema befasst, das für ihn lebensbegleitend geworden ist: der Aufarbeitung der NS-Geschichte. Das lange verdrängte institutionelle, gesetzliche und personelle Erbe des „Dritten Reichs“, das fast unmerklich in der jungen Bundesrepublik übernommen worden war, entriss er mit seinen couragierten Recherchen und Aktionen der Verdrängung. Schwerpunkt seiner frühen Aufklärungsarbeit: die „Un-gesühnte Nazijustiz“.

Gemeinsam u.a. mit dem Sozialistischen Studententbund SDS konzipierte er 1959 eine Wanderausstellung mit Kopien von Terrorurteilen der Nazi-Sondergerichte. Die historische Ausstellung wurde u.a. in Karlsruhe, danach in Berlin und in anderen Städten sowie im Ausland gezeigt. Mit diesen Dokumenten konnte nachgewiesen werden, dass die westdeutsche Justiz mit hunderten von NS-Tätern errichtet worden ist



Reinhard Strecker.

Foto: Horb

und, dass selbst die furchtbarsten Juristen der NS-Sondergerichte in Amt und Würden zurückkehrten und sogar Schlüsselpositionen besetzten. Gegen fast 50 von ihnen erstattete Reinhard Strecker damals Strafanzeigen. Verurteilt wurde bekanntlich keiner.

Die Ausstellung sorgte für erheblichen politischen Wirbel und Diskussionen. In Berlin diskreditierten CDU-Senatoren und Abgeordnete die Ausstellung öffentlich als „sowjetzonale Propaganda“. Lehrer wurden ermahnt, ihre Schüler hiervon fern zu halten. Reinhard Strecker sah sich daraufhin Rufmord-Kampagnen und Anfeindungen ausgesetzt, ja auch Bedrohungen gegen sich und seine Familie; und er blieb auf ho-

hen Kosten des Ausstellungsprojekts sitzen. Die Wanderausstellung, die auch im Ausland für Aufsehen sorgte, ist noch heute im kollektiven Bewusstsein verankert und ihr Urheber gilt inzwischen als Pionier der bundesdeutschen Vergangenheitsaufarbeitung. Gegen alle Widerstände hat er damit viel bewirkt - sowohl in Opposition zur öffentlichen „Schlussstrich-Debatte“ als auch hinsichtlich einiger Konsequenzen, wie etwa der Frühpensionierung NS-belasteter Richter.

Erst sehr spät - nämlich 2015 - sind Reinhard Streckers Leistungen endlich öffentlich gewürdigt worden - von Seiten der SPD, der er über 50 Jahre angehört, sowie von Seiten der Bundesrepublik, die ihn mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande für Lebenswerk und Verdienste um die Aufarbeitung der NS-Justizgeschichte ehrte. Für seine Zivilcourage „musste er über Jahre hinweg gesellschaftliche Ächtung aushalten. Die große Achtung, die dem heutigen Deutschland aufgrund der inzwischen offen geführten Auseinandersetzung mit seiner Geschichte in der Welt entgegengebracht wird, verdankt sie nicht zuletzt dem persönlichen Mut von Reinhard Strecker,“ stellte die Berliner Senatskanzlei im August 2015 fest. Und in der Laudatio von Tim Renner, Berliner Staatssekretär für kulturelle Angelegenheiten, heißt es: „Sie sind ein Vorbild für Zivilcourage und staatsbürgerliches Engagement.“ **PM** □

Queer-Sozials:

## „Ein Tag der Aufklärung“

### Welt-Aids-Tag: Zahl der Neuinfizierungen mit HIV ist nicht zurückgegangen

**Auf die Bedeutung des Welt-AIDS-Tages am 1. Dezember haben die Berliner QueerSozials (Schwusos) hingewiesen.**

„Für viele von uns ist das ein Tag des Gedenkens, verbunden mit Wut und Trauer über den Verlust von Lieben, aber auch ein Tag der Aufklärung. Da aber heute immer noch Menschen mit HIV ausgegrenzt werden und Diskriminierungen erfahren, ist es vor allem ein hoch politischer Tag, denn hier sind alle aufgefordert, sich für ein Klima der Akzeptanz einzusetzen“, so Markus Pauzenberger, Landesvorsitzender der QueerSozials (Schwusos) Berlin. Am 1. Dezember 2016 wird zudem wieder berlinweit Geld für die Berliner Aids-Hilfe gesammelt. Die Schwusos Steglitz-Zehlendorf sammeln traditionell am 1. Dezember an der Schloßstraße Ecke Ahornstraße ab 17.00 Uhr zu Gunsten der Berliner Aids-Hilfe.

Der neue Senat unter der Führung von

Michael Müller werde Berlin als Regenbogenhauptstadt stärken, so die Queer-Sozials. Dazu gehörten auch Menschen mit HIV und AIDS. „Deshalb ist es so wichtig, dass der neue Koalitionsvertrag sich sehr deutlich zu HIV, AIDS und sexuell übertragbaren Krankheiten positioniert hat“, so Markus Pauzenberger und Ralph Ehrlich, stellvertretender Schwuso-Kreisvorsitzender in Charlottenburg-Wilmersdorf und Mitglied im Vorstand der Berliner-Aids-Hilfe e.V. „Das war nicht immer so. Diskriminierungen von Menschen mit HIV und AIDS darf und wird es in Berlin unter einer R2G-Koalition nicht geben und muss aktiv bekämpft und beseitigt werden, das ist unsere Aufgabe und nicht nur am Welt-AIDS-Tag, sondern auch an den anderen 364 Tagen“, so die beiden Queerpolitiker.

„Der medizinische Fortschritt hat uns neue Präventionswege eröffnet, durch die Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) und der

Nichtinfektiosität unter der Nachweisgrenze durch Therapie. Berlin ist und bleibt ein starker Partner an der Seite der Selbsthilfeorganisationen im Handlungsfeld HIV/Aids. Ich bin mir sicher, dass die zukünftige Koalition dieses Engagement noch verstärken wird, und Berlin weiterhin eine aktive Antidiskriminierungsarbeit betreiben wird“, so Ralph Ehrlich.

Die Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert, zuständige Berichterstatterin im Bundestag, hat dazu aufgerufen, „Aufklärung und Informationen zu verstärken. Nach den Untersuchungen des Robert-Koch-Instituts gab es Ende 2015 rund 84.700 HIV-infizierte Menschen in Deutschland. Die Neuinfizierungen von insgesamt 3.200 sind gegenüber dem Vorjahr nicht gesunken. Rund 460 Todesfälle gab es 2015 bei HIV-Infizierten. Von den 84.700 HIV-Infizierten wissen rund 12.600 nicht von ihrer Infektion.“ **PM** □

# Die Rente für ein gutes Leben

„Mutiges und kluges Konzept“: SPD wirbt für Rentenpläne von Andrea Nahles

**Im Alter gut und in Würde leben. Das ist das Ziel - für alle. Sozialministerin Andrea Nahles hat am Freitag vergangener Woche ihr Rentenkonzept vorgestellt mit Verbesserungen für Millionen Menschen. Für junge und alte. Unter anderem: ein Rentenniveau, das langfristig bei 48 Prozent stabilisiert werden soll. Die SPD wirbt jetzt bundesweit für die Umsetzung dieses Konzeptes.**

Mit einem mutigen und klugen Konzept treibt Nahles die Debatte um eine stabile, gute Rente voran. Mutig, weil es im Rentensystem immer um viele Milliarden Euro geht. Klug, weil die Balance stimmen muss: ein würdiges Leben im Alter und gleichzeitig aufpassen, dass die junge Generation nicht überfordert wird und ebenfalls auf eine verlässliche Alterssicherung bauen kann.

Das Rentenniveau hängt nicht, wie oft angenommen, mit der letzten Lohnhöhe zusammen. Es ist vielmehr eine rechnerische Größe, die das Verhältnis von einer Standardrente und Durchschnittseinkommen im selben Jahr. Dabei gibt es Situationen, in denen das Rentenniveau sinkt, die Rentenhöhe aber steigt. Trotzdem ist es wichtig, das Rentenniveau langfristig stabil zu halten. Darum werden wir dafür sorgen, dass es nicht unter 46 Prozent sinkt. Nach geltendem Recht würde das Rentenniveau bis 43 Prozent runtergehen. 46 Prozent ist unsere „Haltelinie“. Damit geben wir uns aber nicht zufrieden. Unsere „Ziellinie“ ist höher: 48 Prozent. Das Niveau wollen wir langfristig sichern. Und das können wir schaffen, wenn wir gut vorankommen: bei der Erwerbstätigkeit zum Beispiel, der Integration oder bei guten Löhnen. Denn das sind alles Faktoren, die sich positiv auf das Rentenniveau auswirken.

## ERWERBSMINDERUNGSRENTE ANHEBEN

Einige Bausteine konnte sie am Donnerstag im Koalitionsausschuss durchsetzen - zum Beispiel im Kampf gegen Altersarmut. Die fürchten viele, die aus gesundheitlichen Gründen früher aus dem Beruf aussteigen müssen. Die Erwerbsminderungsrente wird darum noch mal um durchschnittlich 50 Euro im Monat verbessert.

Außerdem werden die Renten in Ost- und Westdeutschland angeglichen. Und Betriebsrenten werden weiter gestärkt - das heißt: noch mehr Menschen profitieren.

Die betriebliche Altersvorsorge ist schon immer eine wichtige Ergänzung zur gesetzlichen Rente gewesen; sie wird von etwa 30



Sicherheit auch für künftige Generationen.

Foto: Horb

Prozent der Rentnerinnen und Rentner genutzt. Je größer der Betrieb und je höher das Einkommen, desto verbreiteter sind Betriebsrenten.

Wir sorgen dafür, dass davon noch mehr Beschäftigte profitieren - zum Beispiel mit dem Steuerzuschuss für Geringverdienende. Für Zahlungen von 240 Euro bis 480 Euro monatlich für Beschäftigte mit Gehältern unter 2.000 Euro brutto, bekommt der Arbeitgeber vom Staat einen Steuerzuschuss in Höhe von 30 Prozent. Das motiviert!

Wir schaffen die Haftung der Arbeitgeber bei den Betriebsrenten ab und werden so vorhandene Hemmschwellen für sie los. Im Gegenzug verpflichten wir die Arbeitgeber Gelder zu zahlen, um die versprochenen Renten für ihre Arbeitnehmer langfristig zu sichern. Diese Gelder nennen sich Sicherungsbeiträge.

## RENTENNIVEAU BIS 2045 BEI 46 PROZENT HALTEN

Die SPD will aber noch deutlich mehr: Auch wenn die Renten weiter steigen werden, so sinkt das „Rentenniveau“ (das ist ein technischer Begriff, der nichts mit individueller Rente zu tun hat) auf längere Sicht. Das will Nahles stoppen. Sie formulierte eine „Ziellinie“ bei 48 Prozent. Dafür seien aber auch mehr Investitionen in Bildung, mehr Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt und eine bessere Integrationspolitik nötig, so die Arbeitsministerin. Denn das sind weitere Faktoren, die sich auf das Rentenniveau auswirken. Gleichzeitig will Nahles ein Rentenniveau von unter 46 Prozent gesetzlich ausschließen.

## SOLIDARRENTE: 10 PROZENT ÜBER GRUNDSICHERUNG

Die SPD kämpft für eine Solidarrente. Sie

garantiert allen, die lange gearbeitet aber wenig verdient haben, dass sie mehr bekommen als diejenigen, die nie eingezahlt haben. Zehn Prozent mehr als die Grundsicherung (Sozialhilfe).

Die sollen alle bekommen, die 35 Jahre gearbeitet haben - Kindererziehungszeiten und zwischenzeitliche Arbeitslosigkeit werden dabei natürlich fair berücksichtigt. Eine Bedürftigkeitsprüfung gibt es nicht.

Anerkennung und Respekt für die Lebensleistung. Darum geht es bei der Solidarrente. Wer lange gearbeitet aber wenig verdient hat, wird auf jeden Fall mehr in der Tasche haben als andere, die nie eingezahlt hatten. Konkret: zehn Prozent mehr. Dies gilt für Menschen die 35 Jahre und ab 2023 40 Jahre Beiträge gezahlt haben. Berücksichtigt werden Kindererziehungs- und Pflegezeiten sowie kurzzeitige Phasen der Arbeitslosigkeit. Es gibt Freibeträge für zusätzliche Altersvorsorge oder Nebentätigkeiten. Bürokratie soll abgebaut werden: Es gibt eine vereinfachte Einkommensprüfung und die Höhe der Rente wird einmalig zu Beginn festgelegt; es sei denn, es gibt wesentliche Veränderungen beim Einkommen.

## AUCH SELBSTSTÄNDIGE EINBEZIEHEN

Selbstständige sind im Alter überdurchschnittlich auf staatliche Unterstützung angewiesen. Wer bislang keine verpflichtende Absicherung hat, wird in die Solidarität der gesetzlichen Rentenversicherung einbezogen. Das bedeutet: eine verlässliche Rente und alle Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung.

Sicherheit und ein guter Lebensstandard im Alter. Darum geht es. Und deshalb wird es mit der SPD auch keine Änderungen beim Renteneintrittsalter geben.

Auf die Fortschritte bei der Erwerbsminderungsrente, bei Betriebs- und Riesterrenten und für die Angleichung der Ostrenten konnte sich die SPD mit der Union einigen. Für alles andere gilt: Die SPD bleibt dran.

Um noch mehr Menschen Sicherheit zu geben und um die gesetzliche Rente zu stärken, werden wir langfristig auch Selbstständige einbeziehen. Selbstständige sind im Alter überdurchschnittlich auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Wer bislang keine verpflichtende Absicherung hat, soll in die Solidarität der gesetzlichen Rentenversicherung einbezogen werden. Das bedeutet: eine verlässliche Rente und alle Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung. **PM □**

# Was in Zeiten wie diesen zu tun ist

## Gegen Populismus helfen nur gutes Regieren, Teilhabe und viel Geduld

**Bei vielen sitzt der Schock immer noch tief. Erst die Erfolge der AfD bei deutschen Landtagswahlen. Jetzt der für viele unerwartete Durchmarsch von Donald Trump in den USA. Und le Pen, Wilders, Hofer scheinen schon einen Fuß in der Tür zu haben. Dazu kommen Putin, Erdogan, Orban, Szydlo...**

Auch in Berlin haben wir lange zumindest gehofft, dass in dieser Stadt ein deutliches zweistelliges Ergebnis der AfD unmöglich ist. Wer aber den Wahlkampf an Infoständen und auf Veranstaltungen hautnah erlebt hat, der ahnte, dass etwas in Bewegung geraten ist. Man wusste nur nicht, wie viele sich dem anschließen würden. Wenn auf dem Leserforum einer großen Berliner Abonnementzeitung plötzlich Zuhörer unvermittelt und vor allem aus dem Publikum unwidersprochen Politiker auf der Bühne wiederholt und lautstark als „Volksverräter“ beschimpfen können, dann hat die Unkultur des spätestens seit Sarrazin hoffähigen „Das wird man ja wohl mal sagen dürfen“ eine neue Dimension erreicht.

An wissenschaftlichen Untersuchungen, die gelegentlich auch kurz die Schlagzeilen beherrschen, über breit in der Bevölkerung verankerte rechtspopulistische bis rechtsextreme Einstellungen mangelt es nicht. Wir nehmen sie zumeist mit großer Besorgnis wahr und wenn es gut läuft, werden demokratiefördernde Institutionen politisch unterstützt. Und natürlich werden Gegendemonstrationen organisiert. Und dann? Zurück zur Tagesordnung, denn es gibt ja wahrlich viel wirklich Wichtiges in der Partei, den Bezirken, auf Landes- und auf Bundesebene zu erledigen und zu diskutieren.

Schauen wir auf Berlin. Ja, es gibt viel zu tun, auch bei uns nach der Wahl. Es mussten neue Bezirksämter gewählt werden und rot-rot-grün stellte sich inhaltlich und personell als neue Regierung auf. Die AfD ist da, sie sorgt für Schlagzeilen und Entrüstung und doch wird man das Gefühl nicht los, dass ihre Existenz in der deutschen Politik von Tag zu Tag als normaler angesehen wird.

Da heißt es zum Beispiel: Die Menschen wenden sich den Rechtspopulisten zu, weil sie Angst vor Veränderung haben, weil sie sich bedroht sehen - ihre Lebensweise, Werte und ihren Lebensstil, zumindest dann, wenn es noch etwas zu verlieren gibt. Wütende, weiße, alte Männer wollen zurück in die guten alten Zeiten, in denen sie noch das Sagen hatten. Andere sind abgehängt und schon im Prekariat angekom-



Robert Drewnicki ist stellv. Kreisvorsitzender der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf

men, verachten PolitikerInnen und Eliten und wählen deswegen rechtspopulistisch. Aber die guten DemokratInnen, die WeltenbürgerInnen, die toleranten und politisch liberalen sind in der klaren Mehrheit. 80% haben am 18. September in Berlin nicht AfD gewählt. Das stimmt alles und erklärt doch zu wenig, denn wer weiß eigentlich etwas über die 35% NichtwählerInnen, die es bei der letzten Wahl immer noch gab.

Jahrzehntelang haben wir Sorge um die sinkende Wahlbeteiligung gehabt und eine hohe Wahlbeteiligung schien immer wichtig für die SPD, da wir bei den NichtwählerInnen verstärkte „unsere“ WählerInnen vermuteten. Was aber, wenn dem nicht so ist?

Die Erfolge der Rechtspopulisten bei uns und auch in vielen anderen Ländern der Welt zeigen uns zunächst eins: Hier hat sich etwas im internationalen Rahmen entwickelt, was für viele Menschen anschlussfähig ist und das hat vielleicht mehr mit unserer eigenen Politik zu tun, als wir (noch) vermuten. Und es wäre wohl zu einfach, jetzt einmal mehr nur auf die Glaubwürdigkeitskrise der SPD durch die Agendapolitik zu verweisen und darauf zu vertrauen, dass „die Abgehängten“ früher oder später merken werden, dass die rechtspopulistischen Parteien viel versprechen und wenig halten.

Denn, wenn wir darauf spekulieren, dass rechtspopulistische Parteien und Bewegungen das in sie gesetzte „Vertrauen“ wieder verlieren, stellt sich gleichzeitig die Frage, ob es die etablierten Parteien zurückgewinnen oder was sich alternativ

noch für Parteien an den Rändern bilden könnten.

### VERTRAUEN ZURÜCKGEWINNEN

Trotz der in den letzten Monaten als Malus herangezogenen BER-Baustelle, Flüchtlingskrise, Problemen in der Verwaltung und anderen Politikfeldern kann man objektiv nicht sagen, dass sich Berlin in einer Krise befindet - vor allem dann nicht, wenn man die oben aufgeführten politischen Umbrüche betrachtet.

Sicher: Die große Anzahl von Flüchtlingsankünften seit Sommer 2015 hat die Stadt vor große Herausforderungen gestellt. Die Bilder vom Lageso, Unzulänglichkeiten bei der Versorgung und Unterbringung sowie die Notwendigkeit, gut 5% der Berliner Turnhallen mit Flüchtlingen zu belegen, haben für viel Unruhe gesorgt. Die Terminprobleme in den Bürgerämtern kamen dazu. Und die Dauerbaustelle BER bietet seit Jahren die Möglichkeit über Staatsversagen zu berichten. Und die neueste Wortschöpfung vom Bau am BERgamonmuseum zeigt, dass dies mittlerweile bauträgerunabhängig so gesehen wird.

Themen, die nur zum Teil für die Berliner Wählerinnen und Wähler existenzbedrohlich, aber Tag für Tag medial in Berlin und auch bundesweit berichtenswert waren. Natürlich macht es etwas mit den Menschen, wenn sie täglich lesen und sehen, dass angeblich nichts wirklich funktioniert.

Dazu kam die Flüchtlingskrise, die sich zu einer Lagesokrise entwickelte und auf der anderen Seite eine große bürgerschaftliche Willkommenskultur schuf. Was, wenn die einen Parteien ablehnen, weil sie für das Lageso zuständig sind und die anderen, weil sie keine Willkommenskultur wollen?

Aber: Auf der anderen Seite steht die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung, einhergehend mit einem unglaublichen Wirtschaftsboom, nicht nur, aber vor allem auch in der digitalen Wirtschaft. Berlin zieht Jahr für Jahr mehr Touristen an und es wollen im Saldo jährlich 40.000 Menschen mehr hier leben. In wenigen Jahren kann Berlin eine 4 Millionen-Metropole sein. Auch in der Daseinsvorsorge - einem wichtigen sozialdemokratischen Politikfeld - ist es in den letzten Jahren vorangegangen: Berlin schafft wieder mehr zusätzliche bezahlbare Mietwohnungen durch seine städtischen Wohnungsbaugesellschaften und rekommuniziert in den Bereichen Wasser und Energie.

Argumente, die aus diesem Wahlkampf-

jahr hinlänglich bekannt sind und doch, so scheint es, haben all die Fortschritte hin zu einem erfolgreicherem Berlin nicht überzeugt. Oder kann es sogar sein, dass gerade die gute wirtschaftliche Situation dafür gesorgt hat, dass die oben genannten Probleme viel mehr in den Vordergrund rücken konnten?

#### KEINE FRAGE VON LINKS-RECHTS

Im Ergebnis haben nicht nur die beiden Volksparteien SPD und CDU stark an Vertrauen und Stimmen verloren, sogar die Grünen blieben als Oppositionspartei davon nicht verschont.

Klarer Gewinner dieser Wahl sind die AfD und FDP, aber auch in einem vergleichbar bescheidenen Rahmen die Linkspartei.

Schon allein bei der sehr unterschiedlichen Zusammensetzung der „Wahlverlierer“ und „Wahlgewinner“ sieht man, wie kompliziert die Verhältnisse sind.

Eins steht aber fest: Das gute Abschneiden der AfD ist kein Berliner Syndrom, auch wenn wir gehofft hatten, dass die AfD in unserer weltoffenen und toleranten Stadt ein möglichst geringes Ergebnis erzielt. Klar ist, dass die AfD ein Jahr vor der Bundestagswahl nunmehr in 10 Landesparlamenten vertreten ist.

Natürlich fragen sich besonders die Parteien, die viele Stimmen verloren haben, was falsch gemacht wurde.

Die Erklärungsmuster, dass die Parteien auch zwischen den Wahlen mehr auf die Straße gehen sollten, verstärkt in Vereinen, Kirchen und Initiativen verankert sein müssen, sind genauso wenig wirklich neu wie falsch - aber vermutlich zu kurz gegriffen.

Zurzeit erleiden alle Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Sportvereine das gleiche Schicksal - die meisten Menschen möchten sich nicht langfristig binden und engagieren, sondern höchstens projektbezogen mal hier und mal dort mitmachen. Und noch eins kommt hinzu: Es ist nicht nur unmodern geworden, sich fest an eine Partei zu binden und ehrenamtlich Politik zu machen, es wird von vielen Menschen mittlerweile geradezu als verwerflich angesehen, Teil der Systemparteien und damit gesellschaftlichen Elite zu sein. Wie wir im Wahlkampf gesehen haben, ist es dann nicht mehr weit zum Vorwurf „Volksverräter“.

Auf das alles kann man sich einstellen, es macht es aber schwer, gesellschaftlich wirkende Organisationsstrukturen gerade überall dort aufzubauen, wo das Engagement von Parteien und Verbänden notwendig ist. Es wird ein langer Weg sein, hier greifende neue Strukturen zu schaffen.

Auch subjektiv empfundener Unsicherheit oder der Angst vor Abstieg und Ver-



Wahlplakate 2016.

Foto: Horb

drängung ist durch gute Argumente nur schwer beizukommen. Die Berliner CDU hat mit ihren Diskussionen rund um ein Burkaverbot und die doppelte Staatsbürgerschaft zudem einmal mehr gezeigt, dass Kopieren der Populisten kein Wahlverhalten ändert. Zu tief sitzt die Abneigung gegenüber den etablierten Parteien, um kurzfristig Stimmen so zurückzugewinnen. Mal abgesehen davon, dass es nicht von verantwortungsvoller Politik zeugt.

#### MUSS DIE SPD POPULISTISCHER WERDEN?

Dennoch mehren sich die Stimmen, die sagen, auch die SPD müsse lernen populistischer zu werden, zumindest so zu argumentieren. Ein verlockender Gedanke, dass sich alle PolitikerInnen so ausdrücken, dass es jeder versteht. Das wäre ein Anfang, aber zum Populismus gehört ja mehr als eine einfache Sprache, es gehören dazu einfache Antworten - in einer komplizierten Welt.

Beginnen wir mit den als „Protestpartei“ bezeichneten Rechtspopulisten: Wenn man daran denkt, wofür diese Partei steht und womit sie auf Stimmenfang gegangen ist, dann fragt man sich schon, was die „etablierten“ PolitikerInnen verstehen sollen: Fremdenhass, „völkische“ Deutschtümelei, Ablehnung des Mindestlohns, Privatisierung von städtischen Wohnungen, ein rückwärtsgewandtes und homophobes Ehe- und Familienbild, Schießbefehle an unseren Außengrenzen, um nur einige Bereiche zu nennen, in denen die Rechtspopulisten ein deutliches Weltbild haben.

Die Menschen wollten den etablierten Parteien einen Denkkzettel geben, ist ein weiteres Erklärungsmuster, das vielleicht eher ein „wir haben verstanden“ nach sich ziehen könnte.

Was aber, wenn es dabei vielen doch primär darum ging, dass im letzten Jahr eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, wir davon allein in Berlin in wenigen Monaten 70.000 Menschen gut unterbringen mussten und die meisten von Ihnen in den nächsten Jahren ausbilden und in Arbeit bringen wollen.

Was können wir dann tun? Obergrenzen,

Rückführungen, das Recht auf Asyl einschränken, sie in Massenunterkünften in Tempelhof behalten anstatt Gemeinschaftsunterkünfte in Marzahn, Köpenick, Spandau oder Reinickendorf zu bauen - um nur vier Bezirke zu nennen, in denen die AfD zukünftig Stadträte stellen wird.

Das können auch bei 21,6% keine Antworten für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sein. Denn gerade, weil wir in unserer über 150jährigen Geschichte gelernt haben, dass es nie die einfachen Antworten sind, die helfen, wissen wir auch, was wichtig ist für ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an der Gesellschaft.

#### BILDUNG UND ARBEIT FÜR MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT

Wenn Menschen nicht teilhaben können, abgehängt sind, dann hat das zumeist mit zwei Dingen zu tun: mit fehlender (Aus)Bildung und Arbeit, also Perspektivlosigkeit. Das gilt für Berlinerinnen und Berliner genauso wie für Flüchtlinge.

Wer beides nicht hat, hat es schwer in einer aufstrebenden Stadt wie Berlin mitzuhalten, ist anfällig für einfache Antworten und vor allem ist er empfänglich für Vorurteile aller Art, die in der Regel nur zu einem führen: Ausgrenzung.

Deswegen gehören bessere und mehr Bildung und Arbeit zu den zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre. Die neue rot-rot-grüne Koalition hat sich in diesen Bereichen einiges vorgenommen. Doch sie wird bei allen guten Vorsätzen an Grenzen des Bundesrechts stoßen: ohne Umverteilung, ein Rentenniveau von dem man leben kann, Arbeitspolitik, die die ArbeitnehmerInnen fit für die digitalisierte Arbeitswelt macht und gleichzeitig den neuen Digitalkapitalismus reguliert und ohne Infrage stellen der schwarzen Null zur Bewältigung der notwendigen Investitionen können Kommunen und Länder strukturell wenig ausrichten und drohen weiter rechtspopulistisch abgestraft zu werden.

Auf jeden Fall muss die neue Koalition die offensichtlich breite Unzufriedenheit der Menschen angehen und beweisen, dass R2G gut regieren kann - durch den Bau von bezahlbaren Wohnungen und der Mietsicherung im Bestand, die Sanierung von Schulen, Schaffung einer guten Verkehrsinfrastruktur für alle Mobilitätsarten, gute Integration und eine gute Verwaltung für eine funktionierende Stadt. Und natürlich gehört zu allem auch die Gewährleistung nicht nur von sozialer, sondern auch von persönlichen Sicherheit. Gerade mehr innere Sicherheit wird ein wichtiges Thema sein, das wir nicht den Konservativen überlassen dürfen. Es bleibt eine Binsenwahrheit: Nur Reiche können

Fortsetzung Seite 12

**Fortsetzung von Seite 11**

sich einen schwachen Staat leisten

Insgesamt bleibt der Anspruch, dass Berlin eine solidarische Stadt sein muss zentral. Solidarität zwischen den sozialen Schichten, den Hiergeborenen und Zugewanderten, den verschiedenen städtischen Milieus, der Innenstadt und den Außenbezirken.

**ROT-ROT-GRÜN ALS CHANCE FÜR  
DIE SOLIDARISCHE STADT**

Die rot-rot-grüne Koalition bietet die Chance, alle Milieus Berlins einzubinden und eine Politik zu machen, die uns dieser solidarischen Stadt näher bringt. Aber Vorsicht: das definiert sich nicht durch die nur geringe WählerInnenzustimmung von 52%, sondern durch die grundsätzliche Haltung für eine ausgleichende Politik für alle Milieus.

Der SPD kommt hier eine besondere Rolle zu, denn durch ihre politische Ausrichtung ist sie unter den drei Koalitionspartnern die einzige Volkspartei. Aber von der SPD und auch der Linken wird ein stärkeres Engagement zugunsten der Unter- und Mittelschichten erwartet, denn diese beiden Parteien müssen das Thema soziale Gerechtigkeit auch in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern verstärkt angehen! Die SPD muss dabei auch die Menschen wieder mehr in den Blick nehmen, die durch ihre tägliche Arbeit und die Akzeptanz unserer gemeinsamen Regeln und Werte den Wohlstand und den sozialen Frieden in der Stadt sichern. Wenn sich diese Gruppen durch Nichtbeachtung vermehrt auch noch abwenden von der Politik, ist die demokratische Krise kaum noch abwendbar.

Dabei ist der Titel des Koalitionsvertrages „Berlin gemeinsam gestalten“ natürlich auch ein klares Bekenntnis zu mehr partizipativer Regierungsarbeit. In der Vergangenheit haben Grüne und Linke die Initiativen in der Regel unterstützt und es gab nur bedingt den Willen zur Suche nach einem Kompromiss. Das könnte jetzt anders werden. Aus Regierungsbeteiligung von zwei ehemaligen Oppositionsparteien, dem Fehlen der organisatorischen Unterstützung bei Volksentscheiden sowie den bisherigen personellen „Schnittmengen“ von Initiativen sowie Linken und Grünen könnte sich der Umgang zwischen direkter Demokratie und Parlamentarismus grundlegend ändern und sich die Kompromissbereitschaft beider Seiten erhöhen.

Dadurch kann das in der Regel konfrontative Gegeneinander zumindest reduziert werden und es entwickeln sich eher die Stärken der parlamentarischen und direkten Demokratie als ergänzende Pole für eine positive Entwicklung der Stadt - und zwar in beiderseitigem Respekt voreinan-

der. Die dementsprechenden Vereinbarungen im Koalitionsvertrag unterstützen diesen möglichen Weg und es ist gut, dass keine Quoren gesenkt worden, denn mehr direkte Demokratie entsteht nicht durch geringere Quoren, also dem Einfluss von weniger Menschen. Entscheidend wird in Zukunft auch sein, wie direkte Demokratie repräsentativer durch Einbeziehung aller sozialen Schichten gestaltet werden kann.

Auch die SPD wird hier dazulernen. Dabei bleibt eine Politik der Chancengleichheit und sozialen Gerechtigkeit zentrale Aufgabe der SPD. Denn die SPD darf auch weiterhin keine Klientelpolitik betreiben, sondern muss die Stadt zusammenhalten, die gesamte Gesellschaft mitnehmen. Dafür wird die SPD gerade in dieser Koalition dringend gebraucht. Und dass es ihr wichtig ist, alle Menschen in Berlin mitzunehmen, das muss sie wieder deutlicher zeigen und vor allem muss sie es in den kommenden Jahren als führende Koalitionspartei durch gute Politik für die Stadt beweisen.

**DIE ROLLE DER SPD IN DER  
NEUEN KOALITION**

Der Schlüssel zur Zurückgewinnung von Nicht- und Protestwählerinnen und -wähler bleibt Bildung und daraus resultierend gute Arbeit. Und gute Arbeit für alle kann es nur in einer Stadt geben, der es wirtschaftlich gut geht.

Dieser wirtschaftliche Erfolg ist die Voraussetzung für weitere Investitionen - und damit für die Gestaltung der wachsenden und solidarischen Stadt.

SPD-Politik muss deshalb in der Koalition gewährleisten, dass der wirtschaftliche Aufschwung und die daraus resultierenden Steuermehreinnahmen für neue investive Spielräume genutzt werden, die bei allen Menschen in der Stadt ankommen.

Und das bedeutet vor allem, weiter gute Bedingungen für mehr Arbeitsplätze zu schaffen und an alle Angebote zu machen, die Angst haben nicht mitzukommen. Diese können ganz unterschiedlich sein: Quartiersmanagement, Nachbarschaftszentren, Arbeitsprogramme vor allem in nachbarschaftlichen und sozialen Bereichen, Ausbildung- und Fortbildungsprogramme und Strukturen, die in den Kiezen mehr Mitbestimmung und Information zum Beispiel bei Großprojekten oder auch dem Bau einer Flüchtlingsunterkunft bieten, aber auch im neuen SPD-Ressort ein gutes stadtweites Angebot von Gesundheitseinrichtungen und Pflegestützpunkten.

Die SPD übernimmt im Sinne der beschriebenen Herausforderungen zukünftig in vielen entscheidenden Politikbereichen Verantwortung für ein besseres, sozial gerechtes Berlin und hat sich dabei neben dem Finanzbereich mit seiner Verantwor-

tung für eine bessere Infra- und Personalstruktur für Senatsverwaltungen mit viel Gestaltungsspielraum entschieden.

Mit Bildung bleibt dabei ein Schlüsselressort für mehr Chancengleichheit und am Ende gute Arbeit bei der SPD. Und wer könnte besser als die Sozialdemokratie ganzheitlich die Verantwortung dafür übernehmen, dass die BerlinerInnen sozial und persönlich sicher leben sollen.

Deswegen ist es eine gute Entscheidung, in der neuen Koalition als SPD auch ein klares Angebot an die Breite der Berliner Gesellschaft zu machen und mit dem Innenressort dafür zu sorgen, dass sich jeder Mensch sicher in der Stadt bewegen und fühlen kann, Sicherheit also endlich wieder sozialdemokratisch interpretiert wird - nämlich als ein Bereich der Daseinsvorsorge für die gute Entwicklung aller Stadtquartiere in der Innen- und Außenstadt. Dazu kommen beim zukünftigen Innensenator noch die Zuständigkeit für den die Menschen in Berlin verbindenden Sport und eine zukünftige IT-Ausstattung, die helfen wird, den öffentlichen Service für die BürgerInnen spürbar zu verbessern.

Dass der Regierende Bürgermeister zukünftig weiter aus der Senatskanzlei für Industriepolitik und den auch wirtschaftlich wichtigen Wissenschaftsbereich zuständig ist, zeigt die Bedeutung von Berlin als Stadt der Wissenschaft und Arbeit.

Gerade in Bezug auf gute Arbeit und Gleichstellung ist es ebenso richtig, weiterhin Frauenpolitik zu gestalten. An große Teile der auch in Berlin alternden Gesellschaft gibt die SPD mit der Übernahme der Verantwortung für Gesundheit und Pflege ebenfalls ein deutliches Zeichen, wie wichtig uns die vielen auf eine gute Politik in diesem Bereich angewiesenen Menschen sind, die in dem oftmals nur als hippe Jugendstadt angesehenen Berlin nicht immer ausreichend wahrgenommen werden. Auch das ist Politik für mehr soziale Gerechtigkeit.

Vor der neuen Regierungskoalition und vor der Berliner Sozialdemokratie liegen große Aufgaben. Aber es lohnt sich. Dabei bieten nur eine gute Politik für ganz Berlin und eine gute Verfasstheit der Stadt mit guter Infrastruktur und guten Leistungen für die BürgerInnen die Chance, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen und den Parteien mit den einfachen und ausgrenzenden Parolen Einhalt zu gebieten.

Eins muss uns dabei allen klar sein: Das wird ein langer Weg, auf dem man nicht den Versuchungen erliegen darf, sich mehr den Populisten und ihren Instrumenten anzunähern. Sondern wir müssen mit guter Arbeit überzeugen. Gute Regierungsarbeit, bei der jede BerlinerIn und jeder Berliner das Gefühl hat, dass auch er im Fokus einer besseren Zukunft für Berlin steht.

**Robert Drewnicki** □

# Welche Bedrohung?

Karl-Heinz Niedermeyer zum Ausgang der US-Wahl

**Obama ist weg, Hillary Clinton kann seine Politik nicht fortsetzen. Merkel ist noch da. Das Gespenst Donald Trump hat mit der Wahl zum Präsidenten die Gestalt einer realen Bedrohung angenommen, auch wenn es in den Kommentaren, wie seinerzeit bei Reagan und George W. Bush Beruhigungspillen von der Art gibt: „Es wird nicht so heiß gegessen, wie gekocht!“ und „Die Methoden, mit denen man in den USA Präsident wird, sind nicht identisch mit denenjenigen, mit denen man das Amt erfolgreich führen kann“.**

Gleichwohl sind die ersten öffentlichen Äußerungen des designierten Präsidenten nach der stark vom Genuss von Kreide geprägten Antrittsrede am Morgen nach der Wahl und vor allem die ersten Personalentscheidungen alles andere als beruhigend. Es scheint, dass Trump diejenigen Mitstreiter an seine Seite holt, die ihn auch gegen starken Widerstand in der eigenen Partei im Wahlkampf bedingungslos unterstützt haben. Das übliche Belohnungs- und Beutesystem in der Postenverteilung nach jeder Präsidentenwahl in den USA scheint auch diesmal zur Anwendung zu kommen. Zum andern stehen die Ausgewählten für die Fähigkeit und Entschlossenheit des neuen Präsidenten, die im Wahlkampf bei seinen Anhängern geweckten Erwartungen zu erfüllen und für viele schockierende Forderungen etwa in der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik umzusetzen.

Das jüngste Gipfeltreffen des scheidenden US-Präsidenten Obama mit den Staats- und Regierungschefs der führenden EU-Staaten in Berlin hat symbolisch demonstriert, dass es für die Erhaltung des gemeinsamen Wertesystems der westlichen Demokratien jetzt noch stärker auf die EU und vor allem auch auf Deutschland ankommt. Nicht nur wegen seiner Infragestellung durch Donald Trump, sondern auch wegen der von seiner Wahl zu befürchtenden weltweiten Stärkung autokratischer Regime, von denen es ja auch einige in den Grenzen der EU gibt. Aber noch größere Befürchtungen sind da schon mit den Namen Putin, Erdogan und dem des Präsidenten der Volksrepublik China verbunden, der uns immer noch weniger leicht von den Lippen geht.

Ängste von liberalen Demokraten in der gesamten westlichen Welt verbinden sich zudem - angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahl in Frankreich und der Bundestagswahl in Deutschland - mit einem weiteren Erstarken des Rechtspopulismus. Aber welche positiven Politikziele der EU und Deutschlands sind nun tatsächlich von der Agenda Trumps bedroht? Ich greife



Der scheidende Präsident Obama. Foto: Pete Souza

einige zentrale Streitthemen heraus:

**1. Sicherheits- und Bündnispolitik:** Trump will den Zustand beenden, dass 300 Millionen Amerikaner die Sicherheit von 500 Millionen Europäern garantieren. Diese sollen selber dafür sorgen und zahlen. Das ist eigentlich gar keine schlechte Idee. Sie bedeutet auch nicht, dass jetzt alle EU-Staaten, vor allem Deutschland, ab sofort 2 Prozent des Bruttosozialprodukts für Verteidigung ausgeben müssen. Die neuen geopolitischen Ansprüche Russlands können ja nicht in erster Linie mit militärischen Mitteln abgewehrt werden, sondern erfordern einen politischen Prozess, der Russland die Chance gibt, eine sowohl anerkannte als auch konstruktive Rolle auf der weltpolitischen Bühne zu spielen.

**2. Flüchtlings- und Einwanderungspolitik:** Erst einmal ist festzustellen, dass Trumps Forderung nach einer Mauer an der mexikanischen Grenze und nach Abschiebung von Millionen von Illegalen aus den USA (da wurde die im Wahlkampf verwendete Zahl von 11 Millionen inzwischen auf die realistischere Größe von 3 Millionen reduziert) nicht so stark von der aktuellen Flüchtlings- und Einwanderungspolitik Obamas abweicht. In dieser Regierungszeit wurde das Abwehrsystem gegen Flüchtlinge an der mexikanischen Grenze so verschärft, dass tausende von Menschen beim Versuch, diese Grenze zu überwinden, den Tod fanden und finden und 2,4 Millionen illegal Eingewanderte wurden nach Mexiko abgeschoben.

Die EU hat bekanntlich inzwischen die „Festung Europa“ für Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten - nicht zuletzt durch Abkommen mit verschiedenen „Torwächtern“ wie die Türkei, Marokko, Ägypten und verschiedene in der Regel diktatorisch regierte afrikanische Staaten - wieder auf das Niveau gebracht, wie es vor der Lampedusa-Krise von 2013 herrschte. In Griechenland sitzen nach der Schließung der Balkan-Route 60.000 Geflüchtete fest und von den

66.000 Menschen, zu deren Umverteilung sich die EU verpflichtet hat, konnten bis Oktober 2016 gerade einmal 4.846 Personen Griechenland verlassen.

**3. Bankenregulierung und Steuerpolitik:** Trump hat im Wahlkampf umfangreiche Steuersenkungen und eine erneute Deregulierung der Finanzmärkte in Aussicht gestellt. Die von Obama eingesetzte bisherige Chefin der US-Börsenaufsicht, Mary Jo White, ist nach dem Wahlsieg Trumps zurückgetreten und einer Entlassung zurückgekommen.

Sie ist verantwortlich für die Ausarbeitung und Umsetzung der bisher am weitesten gehenden und effektivsten Regulierungsmaßnahme für die Finanzmärkte, den Dodd-Frank-Act, mit dem die Obama-Administration auf die Finanzmarktcrise von 2008 reagierte. Sämtliche Regulierungsversuche der EU bleiben weit hinter dieser Reform zurück. Von vielen Fachleuten wird jetzt erwartet, dass Trump sämtliche Finanzmarktreflexionen von Barack Obama zurücknehmen wird. Das wird gerade in deutschen Finanzkreisen kaum Besorgnisse auslösen. Auch die Deutsche Bank war wegen Falschangaben in ihren Finanzberichten mit Millionenstrafen von der entschlossenen Art und Weise betroffen, mit der Mary Jo White ihre Kontrollfunktion wahrnahm.

Für die Steuer- und Finanzmarktregulierungspolitik der EU als ganzer sind die Pläne Trumps mit Sicherheit keine Bedrohung. Die Umsetzung der Finanztransaktionssteuer durch die 11 EU-Staaten, die sie inzwischen beschlossen haben, tritt auf der Stelle. Irland klagt gegen eine Verfügung der EU-Kommission, die Apple zur Zahlung einer angemessenen Körperschaftssteuer veranlassen soll. Die EU-Kommission selbst wird von einem Präsidenten geführt, der multinationalen Konzernen als luxemburgischer Ministerpräsident über lange Jahre faktische Steuerfreiheit in der EU ermöglicht hat.

**4. Klimawandel.** Da reicht der Platz nicht, um die Widersprüche zwischen den schönen Beschlüssen der Pariser Klimakonferenz und der Bremserpolitik der deutschen Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft bei der Umsetzung der notwendigen Energie- und Verkehrswende und einer nachhaltigen Umwelt- und Landwirtschaftspolitik aufzuzeigen.

Jedenfalls hindert kein Trump, Putin oder sonstiger Autokrat die verantwortlichen Politiker/Innen in Deutschland und Europa, in den angesprochenen Politikfeldern das Notwendige und Richtige zu tun und vor allem mit einer Politik für mehr soziale Gerechtigkeit den Rechtspopulisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber wahrscheinlicher ist eine Politik des „Weiter so!“ - nach Ende dieses Jahrzehnts wahrscheinlich ohne Merkel, vielleicht aber auch wieder ohne Trump. **Karl-Heinz Niedermeyer** □

Soziales:

# Mehr Selbstbestimmung und Teilhabe

## Mechthild Rawert: Endspurt beim Bundesteilhabegesetz

**Der Prozess des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) vom Entwurf bis zur 2./3. Lesung im Deutschen Bundestag ist von Betroffenen, Vereinen und Verbänden intensiv und lautstark begleitet worden. Über Änderungen des BTHG wird noch bis in die letzte Minute intensiv gerungen.**

Welche Struktur soll das SGB IX - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - künftig haben?

Mit dem BTHG wird das SGB IX neu gestaltet:

○ Im Teil 1 ist das für alle Rehabilitationssträger geltende Rehabilitations- und Teilhaberecht zusammengefasst.

○ Im Teil 2 wird die aus dem SGB XII herausgelöste und reformierte Eingliederungshilfe unter dem Titel „Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung von Menschen mit Behinderungen“ geregelt.

○ Im Teil 3 steht künftig das weiterentwickelte Schwerbehindertenrecht.

### VORTEILE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN DURCH DAS BUNDESTEILHABEGESETZ

Mit dem BTHG führen wir die Eingliederungshilfe aus dem „Fürsorgesystem“ der Sozialhilfe heraus und ermöglichen dadurch mehr individuelle Selbstbestimmung durch ein modernes Recht auf Teilhabe und die dafür notwendigen Unterstützungen. Damit sind für Menschen mit Behinderungen viele Vorteile verbunden:

**Drohender Behinderung entgegenwirken:** Unterstützungsmaßnahmen setzen gemäß der Devise „Prävention vor Rehabilitation vor Pflege“ bereits vor der Rehabilitation ein und werden durch auf fünf Jahre befristete Modellprojekte gefördert und gestärkt. Ziel ist insbesondere die Erwerbsfähigkeit zu erhalten. Geprüft wird, mit welchen Maßnahmen einer drohenden Behinderung entgegengewirkt werden kann.

**Leistungen wie aus einer Hand:** Künftig soll ein einziger Reha-Antrag ausreichen, um ein umfassendes Prüf- und Entscheidungsverfahren für alle benötigten Leistungen zu starten, auch wenn Sozialamt, Rentenversicherung, Bundesagentur für Arbeit, Unfall-, Kranken- sowie die Pflegeversicherung für unterschiedliche Leistungen zuständig bleiben. Dank dieses gemeinsamen Teilhabepflichtverfahrens muss mensch sich nicht mehr mit verschiedenen Behörden auseinandersetzen.



*Die Vorsitzenden der drei Fachverbände für Menschen mit Behinderung - Johannes Magin (CBP, links), Jochen Berghöfer (Anthropoi BV, rechts) sowie Uwe Mletzko (BeB, 2. von rechts) übergeben die sechs Kernforderungen an Mechthild Rawert, MdB (SPD). Foto: NBF*

Die Zusammenarbeit der Rehabilitationssträger wird straffer geregelt.

**Bessere und unabhängige Beratung:** Eine trägerübergreifende und unabhängige Teilhabeberatung soll die Rechte der Betroffenen stärken. Anwendung findet auch die „Peer-Counseling-Methode“, d.h. es findet auch eine Beratung von Menschen mit Behinderungen durch Menschen mit Behinderungen statt. Das Beratungsangebot soll auf bestehenden Strukturen aufbauen.

**Mehr Teilhabe durch Arbeit:** Menschen mit Behinderungen sollen selbst entscheiden, ob sie in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM), bei einem anderen Leistungsanbieter oder auf dem ersten Arbeitsmarkt arbeiten wollen. Sie bringen den ArbeitgeberInnen auch was mit: Dank des „Budget für Arbeit“ erhalten die ArbeitgeberInnen auf dem ersten Arbeitsmarkt bei einer wesentlichen Beschäftigung einen Lohnkostenzuschuss von bis zu 75 Prozent. Übernommen werden auch die Kosten für die notwendige Anleitung und Begleitung an der Arbeitsstelle. Das Rückkehrrecht in eine WfbM bleibt bestehen. Dafür werden 100 Mio. Euro bereitgestellt.

**Mehr Teilhabe durch Bildung:** Die Leistungen der Eingliederungshilfe werden in einem Leistungskatalog konkretisiert und gebündelt, Elternassistenz und Assistenz in der Weiterbildung und im Studium erstmalig ausdrücklich geregelt.

**Mehr Mitbestimmungs- und Vertretungsrechte:** Im Arbeitsumfeld werden die Mitbestimmungs- und Vertretungsrechte für Schwerbehindertenvertretungen und Werkstatträte, zum Beispiel bei den Entlohnungsgrundsätzen, gestärkt. Die Ansprüche auf Fortbildungen und Freistellungen werden ausgebaut. Ab Herbst 2017 können in Wohneinrichtun-

gen und WfbW Frauenbeauftragte gewählt werden.

**Mehr vom Einkommen behalten:** BezieherInnen der Eingliederungshilfe sollen deutlich mehr von ihrem eigenen Einkommen behalten und sparen können. Ab 2017 werden die Freibeträge für Erwerbseinkommen um bis zu 260 Euro monatlich erhöht. Die Vermögensfreigrenze steigt um 25.000 Euro auf 27.600 Euro. Bis 2020 wird die Freigrenze für Barvermögen auf rund 50.000 Euro angehoben werden. Ehegattinnen und LebenspartnerInnen werden dann künftig weder mit ihrem Einkommen noch ihrem Vermögen herangezogen. Diese Verbesserungen gelten für erwerbstätige Menschen mit Behinderungen auch beim gleichzeitigen Bezug von Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege. Auch Beschäftigten in einer Werkstatt für behinderte Menschen wird künftig ein geringerer Teil ihres Arbeitsentgeltes auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angerechnet.

**Wahlfreiheit bei der Unterkunft:** Die Eingliederungshilfe wird mit Blick auf den individuellen Bedarf erbracht und echte Wahlfreiheit bei der Unterkunft ermöglicht.

### REFORMSTUFEN DES BUNDESTEILHABEGESETZES

Die mit dem BTHG verbundenen Reformen sollen in mehreren Stufen ab 1. Januar 2017 bis zum 1. Januar 2020 in Kraft treten. Die Zwischenzeit soll genutzt werden, um eine Reihe an Reformschritten zu evaluieren. Das betrifft insbesondere Regelungen, die für viel Kontroversen gesorgt haben.

### NACH DER REFORM IST VOR DER REFORM

Dank des intensiven Dialogs mit der Zivilgesellschaft versuchen wir Abgeordnete, viele der Konfliktpunkte (die in der letzten Ausgabe der Berliner Stimme skizziert wurden) zum BTHG auszuräumen. Voraussichtlich wird uns das nicht in jedem Detail gelingen. Dennoch bin ich fest davon überzeugt: Das Bundesteilhabegesetz ist ein unerlässlicher Schritt zu mehr Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe für Menschen mit Behinderungen. Das BTHG ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft für uns alle. Darauf werden und müssen spätere Bundesregierungen aufbauen.

**Mechthild Rawert** □



Finanzen:

# Privates Kapital per Hintertür?

## Cansel Kiziltepe: PPP-Projekte beim Autobahnbau ausschließen

**Seit vielen Jahren investieren Bund, Länder und Gemeinden zu wenig. In Berlin sind die Schulgebäude und die Schwimmbäder marode, auf Bundesebene haben die Autobahnen Schlaglöcher und sind Brücken gesperrt. Zugleich war es noch nie so günstig, notwendige Instandhaltungsmaßnahmen über Kredite zu finanzieren.**

Wirtschaftlich ist das allemal: Während sich der Staat langfristig ohne Zinskosten verschulden kann, beträgt die jährliche Rendite beispielsweise bei Verkehrsinvestitionen nach Angaben der Bundeswirtschaftsministerin rund 7 %. Doch die Vorgaben der Schuldenbremse und des EU-Fiskalpakts verhindern weitgehend sinnvolle kreditfinanzierte öffentliche Investitionen.

Aber selbst der vorhandene Spielraum wird auf Bundesebene nicht ausgeschöpft. Der Fetisch der „Schwarzen Null“ hat Vorrang. In diesem Kontext weist die Berliner Koalitionsvereinbarung in die richtige Richtung: Überschüsse sollen weitgehend für dringend benötigte Investitionen verwendet werden. Auch wurden PPP-Projekte unmissverständlich ausgeschlossen. Aus gutem Grund. Denn die Beteiligung privater Akteure ist in der Regel unwirtschaftlicher als Bau und Betrieb direkt durch den Staat. Das gilt auch für den Autobahnbau. Der Bundesrechnungshof hat dies mehrfach unmissverständlich in umfangreichen Gutachten bestätigt. Dennoch läuft aktuell alles auf eine schleichende Privatisierung der Bundesautobahnen hinaus, wenn wir uns nicht erfolgreich querstellen.

Die Gründung einer privatrechtlichen Verkehrsinfrastrukturgesellschaft war Teil



*Cansel Kiziltepe ist Bundestagsabgeordnete für Friedrichshain-Kreuzberg.*

der Einigung zur Reform des Länderfinanzausgleichs, dem alle 16 Länder zugestimmt haben. Das war der Preis für die deutliche Erhöhung der Zahlungen des Bundes an die Länder.

Bisher werden die Autobahnen von den Ländern im Auftrag des Bundes gebaut. Für eine Zentralisierung des Baus gibt es unterschiedliche Motivationen. Zum einen werden Effizienzvorteile erwartet, wenn Planung und Bau aus einer Hand erfolgt. Die Länder widersprechen dem aber. Zum anderen wäre eine Konstruktion nach Vorbild Österreichs denkbar („ASFINAG“), bei der die Neuverschuldung der Gesellschaft nicht bei der Schuldenbremse oder dem EU-Fiskalpakt angerechnet wird.

Voraussetzung hierfür sind aber Maut-einnahmen, die 50 Prozent der Kosten der Gesellschaft decken. Für ein solches Modell war und bin ich offen, wenn die Gesellschaft als Anstalt öffentlichen Rechts gegründet und der Bund für die Kreditaufnahme haftet. Die Haftung ist enorm wichtig, damit die Gesellschaft keine höheren Zinsen als der Bund zahlt.

Die Bund-Länder-Einigung zum Länderfinanzausgleich legte sich auf eine privatrechtliche Gesellschaft (GmbH oder AG) fest. Vorgesehen war ein Privatisierungsverbot für Bundesstraßen, aber kein Verbot der Privatisierung der Autobahngesellschaft.

Unter dem Druck der Öffentlichkeit und auch der SPD-Fraktionen der Länder soll nun ein doppeltes Privatisierungsverbot im Grundgesetz verankert werden: Für die Straßen und die Gesellschaft. Die Tücke liegt jedoch im Detail. Im Unterschied zur österreichischen ASFINAG soll die deutsche Gesellschaft nicht kreditfähig sein. Sie soll sich zudem in erster Linie aus Mautentnahmen und gegebenenfalls aus zusätzlichen Bundeszuschüssen finanzie-

ren. Vorgesehen ist aber auch, über Tochterfirmen privates Kapital einwerben zu lassen. Damit sind PPP-Projekten Tür und Tor geöffnet. Gerade wenn die Mautentnahmen nicht ausreichend sind und der Bund nicht genügend Haushaltsmittel zur Verfügung stellt, bleiben PPP-Projekte als einzige Möglichkeit.

Dass dies gewollt ist, zeigt folgender Satz aus den Erläuterungen zum Referentenentwurf: „Sofern zusätzliches privates Kapital in Infrastrukturmaßnahmen fließen soll, wäre dies, wenn die Wirtschaftlichkeit gegeben ist, für Projekte der Gesellschaft möglich.“

Mit dieser Hintertür werden PPP-Projekte nicht nur einfacher, sondern auch wahrscheinlicher. Denn weiter heißt es: „Durch soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass sich Private am Netzausbau und -erhalt beteiligen können, so dass die Investitionsstrategie der Bundesregierung in ihrer Wirkung noch verstärkt werden kann.“ Deutlicher und freimütiger kann man den massiven Einstieg in die Autobahnprivatisierung nicht formulieren.

Zwar gab und gibt es bereits PPP-Projekte im Autobahnbau, doch bisher bestand über den Haushaltsplan eine parlamentarische Kontrolle. Jedes Autobahn-PPP-Projekt war Teil des Haushaltsgesetzes und musste das parlamentarische Verfahren durchlaufen. Zukünftig würden die Geschäftsführer der neu zu gründenden GmbH entscheiden, wann und in welchem Umfang PPP-Projekte ausgeschrieben werden. Eine wirksame parlamentarische Kontrolle findet nicht mehr statt.

Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg hat bereits Mindestbedingungen für eine Infrastrukturgesellschaft beschlossen. Neben dem mittlerweile vereinbarten Privatisierungsverbot für die Gesellschaft fordern wir auch ein PPP-Verbot, das im Einrichtungsgesetz verankert werden muss.

Zudem muss die Gesellschaft Kredite aufnehmen können, für die der Bund haftet. Ansonsten bleiben die Straßen unterfinanziert und die Bürgerinnen und Bürger zahlen für den Unterhalt mit schleichenden Mauterhöhungen.

Die Berliner SPD hat die Chance, auf dem nächsten Bundesparteitag ein klares Signal gegen die Privatisierung unserer Bundesstraßen zu setzen. Sollte es bei diesen Planungen bleiben, werde ich dem Gesamtpaket im Bundestag nicht zustimmen. Auch Berlin sollte seine Zustimmung im Bundesrat von einem PPP-Verbot abhängig machen.

**Cansel Kiziltepe** □

## Dialog zu Pflege und Bundesteilhabegesetz

Die Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert und Klaus Mindrup laden ein zum Dialogforum „Pflegestärkungsgesetz III und Bundesteilhabegesetz: Mehr Selbstbestimmung und Teilhabe“. Es findet am Donnerstag, dem 8.12.2016, um 16.30 Uhr im Deutschen Bundestag, Reichstagsgebäude, Vorstandssaal der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin, statt. Eine Gebärdendolmetschung wird angeboten. Einlass ab 16:00 Uhr über Eingang West. Anmeldung bis zum 5.12.2016 unbedingt erforderlich: Tel. 227-73750

Integration:

# Suche nach Zusammenhalt

## Tagung über Einwanderung und Humanismus

**Was hält eine Gesellschaft im Wandel zusammen? Diese Frage wurde jetzt auf einer gemeinsamen Tagung von Friedrich-Ebert-Stiftung und Humanistischer Akademie diskutiert.**

Brauchen die Mitglieder pluralistischer Gesellschaften ein gemeinsames ethisches Leitbild? Erschwert die Betonung der einzelnen kulturellen und religiösen Identitäten unser Zusammenleben? Eignet sich Humanismus als gemeinsame Orientierung? Über diese und andere Fragen diskutierten Experten und Praktiker aus dem In- und Ausland in der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Prof. Dr. Riem Spielhaus, Islamwissenschaftlerin von der Georg-August-Universität Göttingen, warf zu Beginn einen kritischen Blick auf die Wertedebatte als solche. Diese würde oftmals zur Ausgrenzung anderer missbraucht. Zudem sei es erschreckend, dass die zahlreichen Zuwanderer\_innen, die schon seit vielen Jahren in Deutschland leben oder hier geboren sind, stets unter „Migranten“ subsumiert würden. Sie forderte, statt von Einwanderungsgesellschaft von postmigrantischer Gesellschaft zu sprechen.

Dr. Ralf Schöppner, Philosoph und Direktor der Humanistischen Akademie, öffnete die Debatte hin zu humanistischen Werten wie Lebensfreude und Selbstbestimmung, das „Brennen“ für eine bessere Welt, Kritik und Toleranz. Man müsse genau erkunden, welche neuartigen Integrationsherausforderungen die aktuellen Flucht- und Migrationsbewegungen wirklich darstellen, forderte er. Humanistische Integration berufe sich auf die an Menschenrechte gebundene Rechtsstaatlichkeit sowie die sozio-ökonomische Integration (Arbeit, Wohnen, Sprache, Beziehung). Es gehe aber auch um die wechselseitige Bereitschaft, Lebensformen und das gesellschaftliche Miteinander offen und respektvoll miteinander zu diskutieren.

Die Historikerin und Kulturwissenschaftlerin Dr. Nicole Immler von der Utrechter Universität für Humanistik berichtete anschließend von ihren Forschungen zu interkulturellen Diskursen in den Niederlanden. Unter dem Motto „Was der Pluralismus vom Humanismus lernen kann“ vollzog sie einen spannenden Perspektivwechsel weg von den Einwandernden hin zur Aufnahmegesellschaft. Einwandernde seien in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Miteinanders unsichtbar. Dies sei ein großes Hindernis für Austausch, für Interkulturalität und gesellschaftlichen Pluralismus.



Der Europaabgeordnete Arne Lietz stellte den „Aufruf zum aktiven Handeln gegen die weltweite Verfolgung religiöser Minderheiten“ vor.

Foto: European Union 2016

Dr. René Cuperus, Direktor der Wiardi-Beckman-Stiftung Amsterdam, einem Think Tank der niederländischen Arbeiterpartei (PvdA), lieferte Zündstoff für die die Tagung abschließende Diskussion. Er ist der Meinung, dass die Vertreter\_innen multi- und interkultureller Konzepte „Brandstifter des europäischen Rechtspopulismus“ seien und plädierte für eine Leitkultur sowie den Dreischritt von Assimilation, Partizipation und kultureller/religiöser Freiheit.

Arne Lietz, Mitglied der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, hob die Bedeutung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften für den Prozess der eu-

ropäischen Einigung hervor. Er stellte den „Aufruf zum aktiven Handeln gegen die weltweite Verfolgung religiöser Minderheiten“ vor, unterschrieben von Abgeordneten des Europäischen Parlamentes, die sich ganz unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen verbunden fühlen. Im Gegensatz zu anderen öffentlichen Verlautbarungen zur Religionsfreiheit wird in diesem Aufruf auch auf den Schutz der Freiheit, keiner Religion anzugehören, hingewiesen.

Nicht überraschend stand in der abschließenden Diskussion die provokante These von Cuperus im Vordergrund. Viele Gäste äußerten sich zustimmend und dankbar, dass „hier mal jemand die Dinge beim Namen nennt“. Der Forderung nach einer Leitkultur gegenüber stand der Wunsch nach kultureller Vielstimmigkeit und zusammenhaltfördernder gemeinsamer Praxis. Tendenziell einig war man sich über die Problematik einer europaweit zunehmenden Kluft zwischen Akademiker\_innen und Nicht-Akademiker\_innen, begleitet von mangelndem Vertrauen in die sogenannten „herrschenden Eliten“. Ob dem europäischen Rechtsruck allerdings am besten damit zu begegnen ist, Multi- und Interkulturalismus als dessen „Brandstifter“ verantwortlich zu machen, oder ob man sich damit nicht vielmehr selbst als „Brandbeschleuniger“ betätigt und dem Ressentiment den Persilschein ausstellt, musste an diesem Abend offen bleiben.

Xenia Alvarez □

## „Zu zaghaft repräsentiert“

### AG Migration & Vielfalt: Interkulturelle Öffnung ist Chefsache

**Über 50 Migrantenorganisationen haben sich vor dem Integrationsgipfel der Bundesregierung zusammenschlossen und Vorschläge zur interkulturellen Öffnung staatlicher und nicht-staatlicher Institutionen erarbeitet. Die SPD-Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt begrüßte die Initiative.**

„Noch immer ist die gesellschaftliche Realität der Einwanderungsgesellschaft in den Institutionen viel zu zaghaft repräsentiert“, so der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt Aziz Bozkurt. „Pünktlich zum Integrationsgipfel bieten die Migrantenorganisationen deshalb der Politik mit ihrem Impulspapier viele wichtige Instrumente an, mit denen die interkulturelle Öffnung in Deutschland endlich mehr als nur eine Absichtserklärung werden würde. Wir hoffen, dass

Bundeskanzlerin Angela Merkel das Thema ‚Interkulturelle Öffnung‘ tatsächlich zur Chefsache macht.“

Die SPD, so Bozkurt, arbeite kontinuierlich an diesem Thema und habe im Rahmen ihres Programmprozesses für die Bundestagswahl 2017 bereits einige Aspekte aufgegriffen. Sowohl über die Antidiskriminierungspolitik als auch über ein Bundespartizipations- und Integrationsgesetz wurde in den letzten Monaten intensiv diskutiert. „Als Arbeitsgemeinschaft haben wir Eckpunkte für ein solches Gesetz unterbreitet und werben dafür, dass diese Eingang ins Wahlprogramm finden“, so Bozkurt. „Das Impulspapier der Migrantenorganisationen zeigt jedenfalls, dass wir auf der Höhe der Zeit sind und die wichtigen Themen ins Wahljahr mitnehmen.“

PM □

Berlingeschichte:

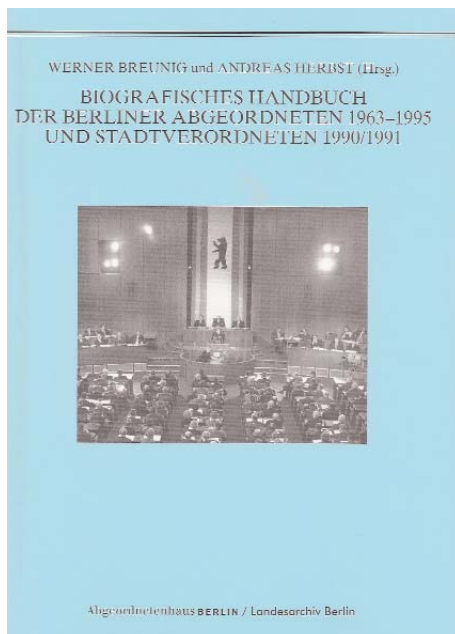
# Politik zum Nachschlagen

## Biografisches Handbuch der Berliner Abgeordneten

2011 erschien der erste Band - das „Biografische Handbuch der Berliner Stadtverordneten und Abgeordneten 1946-1963“. Es bildete anhand der Biographien der gewählten Abgeordneten die schwierige Phase des demokratischen Aufbaus der Stadt bis hin zur Teilung ab. Jetzt haben Werner Breunig und Andreas Herbst den Folgeband fertig gestellt. Er enthält rund 900 Kurzporträts der Abgeordneten und demokratisch gewählten Stadtverordneten bis zur Mitte der neunziger Jahre.

Damit wird nun die Zeit nach dem Mauerbau bis zum Ende der Wahlperiode des ersten nach dem Mauerfall gemeinsam gewählten Gesamtberliner Abgeordnetenhauses dokumentiert. Jeder Person sind kurze biographische Angaben mit Geburts- und eventuellen Todesdaten, Ausbildung, beruflichem und politischem Lebensweg, Parteizugehörigkeit und ein Foto zugeordnet.

Der Band, im Auftrag des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin herausgegeben, ist ein umfangreiches und zuverlässiges Nachschlagewerk, das die Vielfältigkeit politischen Engagements zeigt. Alle, die auf den über 500 Seiten aufgeführt sind, haben auf ihre Weise die Stadt beeinflusst und verändert, haben sich in zum Teil schwierigen Zeiten nach dem Bau



bearbeitet von Andreas Herbst. Einleitung von Werner Breunig, Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin, hrsg. von Uwe Schaper, Bd. 19, Abgeordnetenhauses Berlin/Landesarchiv Berlin, 514 Seiten, ca. 900 Abb., Leinen, 14,90 EUR, ISBN 978-3-9803303-5-0

der Mauer und in turbulenten Phasen wie der Vereinigung der beiden Stadthälften für die Berlinerinnen und Berliner engagiert. **uh** □

# Verschiebung nach rechts

## Friedrich-Ebert-Stiftung legt neue „Mitte-Studie“ vor

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat ihre aktuelle „Mitte-Studie“ vorgestellt. Erstmals wurde 2016 auch die Zustimmung und Ablehnung neurechter Einstellungen in der Bevölkerung erfasst. Die Neue Rechte transportiert über die Begriffe „Identität“ und „Widerstand“ ihre nationalistisch-völkische Ideologie und löst zunehmend den offenen Rechtsextremismus ab.

Verschwörungsmithen in Bezug auf eine vermeintliche Unterwanderung durch den Islam, die Behauptung eines Meinungsdictats, eine Beschimpfung des „Establishments“ als illegitim, verlogen und betrügerisch, die Forderung nationaler Rückbesinnung gegen die EU und der Aufruf zum Widerstand gegen die aktuelle Politik bilden ein zusammenhängendes neurechtes Einstellungsmuster, das von fast 28 % der Bevölkerung vertreten wird. 84 % der AfD-WählerInnen neigen zu neurechten Einstellungen.

40 % aller Befragten meinen, die deut-

sche Gesellschaft würde durch den Islam unterwandert. Mehr als jede/r Vierte (28 %) denkt: „Die regierenden Parteien betrügen das Volk“, ebenso viele beklagen: „In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen“ (28 %) und fordern: „Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen“ (29 %). Dagegen ist die Stimmung in der Bevölkerung in Hinblick auf die Geflüchteten deutlich positiver, als vielfach unterstellt.

Die Daten bestätigen: Jene, die die Ideen der AfD gut finden, sind im Vergleich zu 2014 deutlich nach rechts gerückt. AfD-Sympathisanten sind menschenfeindlicher und rechtsextremer eingestellt als Nicht-Sympathisanten. **PM** □

➡ Andreas Zick, Beate Küpper, Daniela Krause: Gespaltene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2016. ISBN: 978-3-8012-0488-4; Ladenpreis: 12,90 €

Studie:

# Lehrkräfte im Nationalsozialismus

Einige Institutionen und Berufsgruppen haben sich in den letzten Jahren der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit gewidmet, zuletzt das Bundesministerium der Justiz. Sowohl das Wirken während des Nationalsozialismus als auch die Kontinuitäten nach 1945 wurden von unabhängigen Historikerinnen und Historikern analysiert und dokumentiert.

Für den Berufsstand der Lehrerinnen und Lehrer fehlt bis heute eine umfassende Betrachtung. An der Forschungsstelle NS-Pädagogik der Universität Frankfurt am Main ist aktuell eine Studie zum Zentralorgan des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) erschienen. 97 % der Pädagoginnen und Pädagogen waren in diesem organisiert. Die Studie weist nach, dass der NSLB keine harmlose Berufsorganisation war, sondern ein fester Bestandteil des verbrecherischen NS-Systems, der mit Rassismus, Judenfeindschaft und Hetze gegen Verfolgte das Mordprogramm begleitete. „Die personellen Träger der NS-Pädagogik arbeiteten systematisch daran, dass sich Kinder und Jugendliche – in einer Mischung aus Rassismus und Nationalismus – als ‚Deutsche‘ und als ‚Herrenmenschen‘ fühlten. Gezielt wurden sie brutalisiert und auf die Teilnahme am deutschen Raubkrieg vorbereitet“, so die Autoren.

Schon vor 1933 war der NSLB eine Kampforganisation der NSDAP, was anhand der Dokumentation der Aktivitäten gegen den Neuköllner Schulstadtrat Kurt Löwenstein nachgezeichnet wird. **PM** □



Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933 - 1945, Herrenmenschentum, Rassismus und Judenfeindschaft des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, eine dokumentarische Analyse

des Zentralorgans des NSLB von Saskia Müller/Benjamin Ortmeier

➡ Die Publikation aus dem Beltz-Verlag wird gegen eine Bearbeitungsgebühr von 5 € von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, Hardenbergstraße 22-24, 10623 Berlin, abgegeben. Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch bis Freitag jeweils 10:00 - 18:00 Uhr.

Biographie:

# Rücksturz in die Kindheit

## Matthias Brandt und die Abenteuer im Kopf

Es ist sein erstes Buch und ein persönlicher Rücksturz in die Kindheit: Mit dem kleinen Geschichten-Band „Raumpatrouille“ hat nun nach Lars und Peter Brandt auch Matthias Brandt ein Buch veröffentlicht, das von der Familie und dem Alltag im Haus des berühmten Vaters berichtet.

„Andenken“ hatte Lars Brandt 2006 die Sammlung kleiner Beobachtungen überschrieben, in denen er dem wenig nahbaren „V.“ auf literarische Weise näher zu kommen suchte. 2013 erschien „Mit anderen Augen: Versuch über den Politiker und Privatmann Willy Brandt“, in dem der drei Jahre ältere Bruder Peter Persönliches und Politisches mit dem Blick des Historikers zusammenführte und verständlich machte.

Jetzt hat Matthias Brandt kleine und behutsame Geschichten veröffentlicht, die nicht nur persönliche Befindlichkeiten schildern. Sie zeigen auch, wie sehr sich das Leben Willy Brandts und der Familie mit den Jahren verändert hat. Der zehn Jahre nach Lars Brandt geborene Matthias erlebt inzwischen in Bonn - eine völlig andere Kindheit als seine Brüder.

So taucht denn auch in der ersten Geschichte nicht der Vater auf, mit dem es erst in der letzten Geschichte eine zärtliche Begegnung gibt, sondern der Wachmann Bernd Stöckl, der dem von Langeweile geplagten Jungen ein wenig Unterhaltung bietet. Matthias Brandt erzählt vom Hund Gabor, der sein Beschützer war und auch mal die Wachleute bedroht hat. Es bleibt viel Zeit für Kopf-Abenteuer. Der jüngste Brandt-Sohn, der heute als Schauspieler einfühlsam in das Leben anderer schlüpft, bewegt sich als Kind in seiner eigenen Welt. „Wieder und wieder überlegte ich, ob es mich wirklich gab oder ob ich mir meine Existenz nur einbildete“, schreibt Brandt in der Geschichte „Kleiner Schritt noch“. Und hat schließlich Angst, dass er am Ende seines Nachdenkens verschwunden sein könnte.

Für zwanzig Mark, das Geld, das ihm seine Mutter für neue Schulbücher gegeben hat, ersteht er in der Spielwarenabteilung des Kaufhof eine Astronautenausrüstung, eigentlich mehr eine Art Pyjama mit gummierter silberfarbener Beschichtung, wie Matthias Brandt im Rückblick eingesteht. Egal, er behält sie gleich an, fährt im Raumanzug nach Hause, wo die Mutter mit ihm schimpft. Er aber ist der vierte Mann bei der Mondmission. Beim Friseur lässt er sich den passenden Mecki schneiden. Natürlich liebte er seine Mutter, schreibt Brandt, „aber jetzt, mit sieben, wurde es Zeit, end-



Matthias Brandt, *Raumpatrouille*, Kiepenheuer&Witsch 2016, ISBN: 978-3-462-04567-3, 176 Seiten, gebunden mit SU, 18 Euro

lich auf eigenen Beinen zu stehen und mein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen“.

Mit der Mutter fährt Matthias Brandt nach Norwegen, ein Land bevölkert von Onkeln und Tanten. Er beobachtet die Passagiere auf der Fähre: „Waren sie ebenfalls auf dem Heimweg, wie meine Mutter? Oder kamen sie von zu Hause, wie ich?“

Mit einem Nachbarn, dem Herrn Lübke, der dem damals noch Vierjährigen einen riesigen Stoffelefanten geschenkt hatte, trifft sich Matthias Brandt, schick gemacht, auf eine Schokolade. Der vergessliche alte Bundespräsident und das Kind - sie haben eine ähnliche Wahrnehmung der Umgebung.

Und dann ist der Vater doch einmal dabei: Familienausflug zur Kirmes. Im Gefolge: unzählige Fotografen. Matthias Brandt, der sich ein paar Lose kaufen will, bekommt einen ganzen Topf voll und muss so lange das Papier aufreißen, bis er endlich einen Gewinn hat. Oder der Fahrradausflug mit dem Vater, bei dem auch ein Herr Wehner dabei ist. Der Vater kämpft mit dem ungewohnten Beförderungsmittel, verliert den Kampf schließlich in einem Möhrenbeet. Matthias Brandt hat das Gefühl, nicht genug auf seinen Vater aufgepasst zu haben.

Vieles sind einfach Jungsgeschichten. Und manchmal vergisst man für einen Moment, wer der Vater war. **Ulrich Horb** □

## Stadt der tausend Farben

**Kultur ist in Berlin überall sichtbar. Auch an Stellen, an denen sie manch einer gar nicht haben möchte: an Häuserwänden und S-Bahn-Waggons. Wie die Graffiti dorthin kommen und was ihre Urheber mit ihren zum Teil mysteriösen Botschaften bezwecken, beschreibt ein Bildband aus dem Elsegold-Verlag.**

Berlin wurde in den siebziger Jahren eines der Zentren der Subkultur mit Rap, Graffiti, Breakdance und Skateboarding. Die Stadt bot günstige Mieten und Freiräume. „Aus dem früheren Sehnsuchtsort für Aussteiger und westdeutsche Wehrdienstflüchtlinge“, so die Autoren Sarah Paulus und Rolf G.

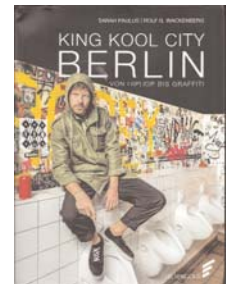
Wackenberg, „wird die Stadt der tausend Farben, der Styles und Flows.“ Es ist eine internationale Szene: Die im Buch porträtierten 30

Sprayer, Rapper, DJs, Beatboxer, Skater, Breakdancer, Produzenten und Händler sind „Kurden, Israelis oder Tschechen, stammen aus Chile, Frankreich, dem Libanon, der

Türkei, aus Gifhorn oder Kornwestheim“. Und es ist eine männlich dominierte Szene: Perfekt ausgeleuchtete Porträtfotos zeigen inszenierte Männlichkeit, Bärte, Sonnenbrillen, Basecaps.

Die Streetart, oft auf alte, zerfallene Mauern gesprüht, hat inzwischen in Galerien und Museen Einzug gehalten, kommt damit zum Teil aus der Illegalität heraus, wenn sie - wie bei El Bocho - nun auf Leinwänden einher kommt.

Das Bild einer coolen Szene wollen BVG und Landeskriminalamt möglichst gar nicht aufkommen lassen. Die BVG, die 2015 rund 1500 Anzeigen wegen Graffiti-Schäden erstattete, hat den beiden Autoren immerhin eine Stellungnahme zukommen lassen. Ein bis zwei Todesfälle gebe es im Jahr, heißt es beim Landeskriminalamt, dessen 20köpfige Gemeinsame Ermittlungsgruppe Graffiti im Buch zu Wort kommt. 10.000 Anzeigen wurden im vergangenen Jahr gestellt. 1500 davon bearbeitete das LKA, das 596 Tatverdächtige ermittelte. **U. H.** □



Sarah Paulus, Rolf G. Wackenberg, *KING KOOL CITY BERLIN*, Von Hiphop bis Graffiti 192 Seiten, ca. 120 Abb., Hardcover mit Schutzumschlag, ISBN 9783944594576, EUR 24,95

Geheimdienste:

# Kampfgruppe im geheimen Dienst

Siegfried Heimann über Enrico Heitzers Studie zur „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“

**Im Rückblick auf die Berliner Nachkriegsgeschichte wird ein Bild immer wieder bemüht: Berlin - und zwar Ost und West - war ein Tummelplatz für Spione jedweder Herkunft. Das galt für Ostberlin, wo der sowjetische Geheimdienst und unter sorgsamer Kontrolle der „Freunde“ auch die Staatssicherheit der DDR in beiden Teilen der Stadt meinten, viel Arbeit zu haben. Das galt freilich noch mehr, was die Zahl angeht, auch für Westberlin, wo die drei alliierten Besatzungsmächte auch ihren jeweiligen Geheimdiensten viel Raum gewährten.**

Allerdings konnte kein Zweifel bestehen, dass immer wieder die Freiheit Westberlins bedroht war und dass 1949 mit der DDR ein diktatorischer Staat entstanden war. Opposition und Widerstand regten sich. Repression und Verfolgung forderten viele Opfer, die Hilfe und Unterstützung verdienten.

## KARITATIVE HILFE UND KONSPIRATION

Es entstanden in Westberlin Organisationen, die sich diese karitative Hilfe auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Die im Jahre 1948 entstandene „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) gehörte dazu. Mit Rainer Hildebrandt und Ernst Tilly an der Spitze erlebte die KgU zu Beginn der fünfziger Jahre eine Hochzeit ihrer Aktivitäten, die DDR erklärte sie zu einem ihrer „Hauptfeinde“, was ihr im Westen wiederum Lob und Anerkennung eintrug.

Dieses schön gefärbte Bild vom Wirken der KgU hat sich in der Bundesrepublik teilweise bis heute erhalten, obwohl die wachsende Kritik auch offizieller Förderer nicht zu überhören war und schließlich im Jahre 1959 zur Auflösung der KgU führte. Zum Gegenstand historischer Forschung aber wurde die Organisation nur selten. Auch die „ethische Fundierung“ aus dem Geist des Widerstands gegen den Nationalsozialismus und die „karitative Ausrichtung“ der Hauptaktivitäten wurden nur selten infrage gestellt.

Wohl aber wuchs die Kritik am „konspirativen Dilettantismus“ und an der „politischen Verantwortungslosigkeit“ der Hauptakteure, die zahlreiche vermeidbaren Verhaftungen in der DDR zu Folge hatte, wie der Vorwurf von Karl Wilhelm Fricke im Jahre 1982 lautete.

Nun aber liegt mit der umfänglichen quellengesättigten Studie von Enrico Heit-



Enrico Heitzer, *Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948-1959*, Böhlau Verlag Köln 2015, 550 Seiten, 64,90 Euro, ISBN 978-3-412-22133-1

zer, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Gedenkstätte Sachsenhausen, eine historische Untersuchung über die KgU vor, die mit der verklärenden Legende um die KgU endgültig aufräumt. Die wichtigste Quelle, nämlich die Zentralkartei der KgU, und deren Schicksal gibt bereits Hinweise auf die Brisanz der Ergebnisse dieser Forschungen: die Akten der KgU einschließlich der Zentralkartei wurden bei der Auflösung der Organisation 1959 an die CIA, an den BND und an das Deutsche Rote Kreuz übergeben.

## WIRKEN IM VERBORGENEN

Der Bundesnachrichtendienst hat seinen Aktenbestand erst in den neunziger Jahren freigegeben. Auch wenn der Bestand bei der CIA vom Autor noch nicht eingesehen werden durfte, es blieb genug Quellenmaterial übrig, um etwa Fragen nach der „Fernsteuerung“ der Organisation durch den CIA und nach den Biographien der Akteure sehr viel genauer als bisher beantworten zu können.

Das Credo des amerikanischen Geheimdienstes CIA war es ja, „das Evangelium der freien Welt nicht mit Feuer und

Schwert zu predigen, sondern im Verborgenen zu wirken, brutal, effizient und möglichst ohne Tote, jedenfalls auf amerikanischer Seite“. (Willi Winkler in der SZ vom 31.10./1.11.2016 in einer Besprechung eines Buches über den CIA).

„Kollateralschäden“ gab es freilich schon. Dem KgU, der „Feindzentrale“, galt eine der größten Verhaftungswellen der Stasi zu Beginn der fünfziger Jahre und Heitzer resümiert: „In keinem anderen Fall wurden nach der Gründung der DDR so viele SED-Gegner zum Tode verurteilt und hingerichtet“. Aber das war - wie Enrico Heitzer auch konstatiert - bekannt: „Die Tendenz, Widerstand geheimdienstlich zu instrumentalisieren, hat es mehr oder weniger bei fast allen in West-Berlin und in den westlichen Besatzungszonen tätigen antikommunistischen Organisationen jener Zeit gegeben.“

## „MINDESTENS EINE WURZEL WAR BRAUN“

Unbekannt - und das macht die Studie Heitzers so gewichtig - war „das Problem der NS-Vergangenheit einiger Akteure bei der KgU“. Der Autor geht dieser von ihm erstmals gestellten Frage sehr akribisch nach und er kommt zu dem Ergebnis: „Mindestens eine der Wurzeln des Personals und des Antikommunismus der KgU war braun.“ Es gab „einzelne Antifaschisten und Widerstandskämpfer im KBU-Kuratorium und an der Spitze der Organisation“ und „eine hohe Zahl unterschiedlich NS-Belasteter im Alltagsgeschäft“.

Der Autor kann in den drei Teilen der Arbeit, die der „Organisation“, den „Personen“ und schließlich den „Aktionen“ gewidmet sind, diesen Befund auch in einen größeren Zusammenhang stellen, der es ihm erlaubt, in seinem Schlussteil über die „Gegen- und Rückschläge“ das Ende und die „Abwicklung“ der Organisation plausibel zu erklären.

Dabei lässt der Autor keinen Zweifel daran, dass Opposition und Widerstand gegen die DDR-Diktatur gerechtfertigt war und Unterstützung verdiente. Aber der Autor macht auch deutlich, dass es nicht gleichgültig ist, mit welchem Personal und mit welcher Zielsetzung diese Unterstützung organisiert wird.

Unter dem „antikommunistischen Dach“ der KgU verbarg sich vieles, was den Kampf gegen eine Diktatur zunehmend diskreditierte. Die „Vielschichtigkeit“ unter diesem „Dach“ jetzt ins Licht gerückt zu haben, ist das Verdienst dieser Arbeit.

Siegfried Heimann □

# Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

## T ERMINE

- 03.12.2016 10:00, **AG Migration und Vielfalt, Landesdelegiertenkonferenz**, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
- 03.12.2016 13:00 - 16:00, **ASF Tempelhof-Schöneberg, Jahresabschlussfeier**, Leben Lernen e.V., Ebersstr. 15, 10827 Berlin
- 03.12.2016 10:00 - 12:00, SPD Neukölln - **Abt. Rixdorf, Frühstück mit Gesprächen und Informationen für Arbeitslose**, Kiosk am Reuterplatz, Reuter- Ecke Weserstraße, 12047 Berlin
- 05.12.2016 17:30 SPD Berlin, **Landespartei-tag**, Intercontinental Berlin, Budapester Straße 2, 10787 Berlin
- 06.12.2016 10:00 - 16:00, **Klaus Mindrup (MdB), Bürgerinnen- und Bürgersprechstunde** für Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee, Anmeldung über wahlkreisbue-ro@klaus-mindrup.de, Wahlkreisbüro Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin
- 06.12.2016 12:30 - 14:00, **Bruni Wilden-**

hein-Lauterbach, MdA Wedding,, Telefonische Sprechstunde, Telefonnummer 030 23 25 22 97

■ 06.12.2016 10:00 - 16:00, **Klaus Mindrup (MdB), Wahlkreissprechtage** für Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee, Anmeldung über wahlkreisbuero@klaus-mindrup.de, Tel: +49 30 96 51 14 03, Wahlkreisbüro, Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin,

■ 06.12.2016 15:00 - 18:00, **Fritz Felgentreu, MdB Neukölln, Sprechstunde im Bürgerbüro**, Bitte melden Sie sich an unter Tel. 030/568 21 111, Wahlkreisbüro Fritz Felgentreu, MdB, Lipschitzallee 70, 12353 Berlin

■ 06.12.2016 19:00, Eva Högl, MdB Mitte, **Nikolaus-Stammtisch Eva & Friends**, Anmeldungen bitte per E-Mail an eva.hoegl@bundestag.de, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ 06.12.2016 20:00, Fritz Felgentreu, MdB Neukölln, **Stammtisch „Fritz & Friends“**, Hoyerperle, Karl-Marx-Str. 131-133, 12043 Berlin

■ 07.12.2016 14:00 - 17:00, Swen Schulz, MdB Spandau, **Bürgersprechstunde**, Anmeldung bis zum 1. Dezember unter 36 75 70 90 erbeten. Bürgerbüro von Swen Schulz, MdB, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin

■ 07.12.2016 18:30 - 21:00, Tino Schopf, MdA | Fachausschuss Mobilität, **Rot-Rot-Grüne Koalitionsvereinbarung zum Thema Mobilität**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 107, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 08.12.2016 15:00 - 17:00, SPD AG 60 plus Steglitz-Zehlendorf, **Weihnachtsessen**. Mit politischen Gästen aus dem Steglitz-Zehlendorfer Kreisvorstand und der SPD-Fraktion. Restaurant „Enzian“, Enzianstr. 5, 12205 Berlin

■ 08.12.2016 19:00, SPD AG QueerSozis (Schwusos) Mitte + Pankow, **Besuch des Weihnachtsmarktes auf dem Gendarmenmarkt**, Treffpunkt: Eingang zwischen dem Konzerthaus und der Französischen Friedrichstadtkirche, Markgrafenstraße, 10117 Berlin

■ 09.12.2016 14:00, SPD AG 60 plus Mitte, **Jahresabschlussfeier**, Haus Bottrop der Seniorenfreizeitstätte Schönwalder Str. 4, 13347 Berlin

■ 09.12.2016 16:30 - 18:00, **Thomas Isenberg, MdA Moabit, Tiergarten, Bürgersprechstunde**, Anmeldungen bitte per E-Mail mail@thomas-isenberg.de, Bürgerbüro am Hansaplatz Bartningallee 5, 10557 Berlin

■ 09.12.2016 16:00, **Eva Högl, MdB Mitte, Bürgersprechstunde**, Anmeldungen bitte unter Tel. 030 4692-125 oder per E-Mail eva.hoegl.wk01@bundestag.de, Wahlkreisbüro Eva Högl, MdB, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ 10.12.2016 10:00 - 14:00, **Clara West, MdA Pankow, mobile Sprechstunde** an drei verschiedenen Orten im Wahlkreis: Beginn: Infostand am Mühlenbergcenter, Greifswalder Straße 90, 10409 Berlin, 10-11 Uhr vor dem Mühlenbergcenter, 11.30-12.30 Uhr am Antonplatz, 13-14 Uhr vor den Schönhauser Allee Arcaden

■ 12.12.2016 14:00 - 16:00, **Ulker Radziwill,**

## Bücherbasar bei der AWO Südwest

**Am Sonntag, dem 18.12.2016 von 10.00 bis 16.00 findet der Bücherbasar mit Trödel und AWO-Modeboutique in der Osdorfer Str. 121, 12207 Berlin statt.**

Bei Kaffee und Kuchen kann man in Ruhe bereits Weihnachtseinkäufe tätigen. Der Erlös wird für die soziale Arbeit des Kreisverbandes verwendet. Buch- und Kleiderspenden können auch abgeholt werden. **K.K. □**

➔ Arbeiterwohlfahrt Berlin Kreisverband Südwest e.V. - Tel.: 713 870 90

**MdA Charlottenburg, Bürgersprechstunde**, Kiez-Büro Ülker Radziwill, Friedbergstraße 36, 14057 Berlin

■ 12.12.2016 16:00-17:00, **Frédéric Verrycken, MdA, und Wolfgang Tillinger, BVV, Sprechstunde** in der Gaststätte „Zum Stammtisch“ Heilmannring 28, 13627 Berlin.

■ 13.12.2016 12:30 - 14:00 Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdA Wedding, **Telefonische Sprechstunde**, Telefonnummer 030 23 25 22 97, 10117 Berlin

■ 13.12.2016 19:00, 10. Abteilung „Schillerpark“, **Jahresendfeier**, Restaurant Opatija-Grill, Müllerstraße 70, 13349 Berlin

■ 14.12.2016 14:00, SPD AG 60 plus Spandau, **Weihnachtsessen**, Restaurant El Manuel, Sandstraße 37, 13593 Berlin

■ 15.12.2016 18:30, AG Migration und Vielfalt Steglitz-Zehlendorf, **„Das war 2016 - was kommt in 2017?“** Jahresabschlussstreffen im Restaurant „Parthenon“, Steglitzer Damm 1, 12169 Berlin,

■ 16.12.2016 15:00 - 16:00, **Iris Spranger, MdA Marzahn-Hellersdorf, Sprechstunde**, vorherige Anmeldung erwünscht Tel. 030-522 833 66, Bürgerbüro Iris Spranger, Köpenicker Str. 25, 12683 Berlin

■ 16.12.2016 16:00 - 17:00, **Franziska Becker, MdA Wilmersdorf, Sprechstunde**, im Café des Bundesplatz-Kinos, Bundesplatz 14, 10715 Berlin, U + S-Bhf Bundesplatz

■ 16.12.2016 16:30 - 18:00, **Thomas Isenberg, MdA Moabit, Tiergarten, Bürgersprechstunde**, Anmeldungen bitte per E-Mail mail@thomas-isenberg.de, Bürgerbüro am Hansaplatz Bartningallee 5, 10557 Berlin

■ 09.01.2017 15:00 - 18:00, **Fritz Felgentreu, MdB Neukölln, Sprechstunde** im Bürgerbüro. Bitte melden Sie sich an unter Tel. 030/568 21 111, Wahlkreisbüro Fritz Felgentreu, MdB, Lipschitzallee 70, 12353 Berlin

■ 13.01.2017 15:00 - 16:00, **Iris Spranger, MdA Marzahn-Hellersdorf, Sprechstunde**, vorherige Anmeldung ist erwünscht Tel. 030-522 833 66, Bürgerbüro Iris Spranger, Köpenicker Straße 25, 12683 Berlin

■ Alle Termine im Internet unter: www.spd.berlin/termine

## KREISBÜROS

Hier finden Sie die Kreisbüros der Berliner SPD mit den aktuellen Öffnungszeiten:

■ **Mitte**, Susanne Fischer, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, Tel.: 4692 130/131, Fax: 4692 136. Sprechzeiten: Di 10 - 13 Uhr, Do 11 - 14 Uhr, Fr 10 - 13 Uhr und nach Vereinb. E-Mail: mitte@spd-berlin.de

■ **Friedrichshain-Kreuzberg**, Yasemin Gürbüz, Peggy Hochstätter, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin, Tel.: 291 25 78, Fax: 2757 3660, Mo 09:30 - 15:00 Uhr, Di: 09:30 - 16:30 Uhr, Mi: 09:30 - 15:00 Uhr, Do: 09:30 - 14:30 Uhr, Fr: 09:00 - 13:30 Uhr, Mail: kreis.friedrichshain-kreuzberg@spd.de,

■ **Pankow**, Jens Peter Franke, Berliner Straße 30, 13189 Berlin, Tel.: 9620 9660, Fax: 9620 9661, Mo 10. - 13. und 15. - 17. Uhr; Di nach Vereinbarung, Mittwoch 15 - 17 Uhr, E-Mail: pankow@spd-berlin.de

■ **Charlottenburg-Wilmersdorf**, Isabel Herrmann, Otto-Suhr-Allee 100, Raum 125a, 10585 Berlin Tel.: 86313875, Fax: 86313876, Di 15 - 17 Uhr, Mi und Do 10 - 12 Uhr, E-Mail: Isabel.Herrmann@spd.de

■ **Spandau**, Gabi Stern, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin, Tel.: 333 71 65, Fax: 333 98 67, Mo 12 18 Uhr, Do 10 - 16 Uhr, Freitag 12 - 16 Uhr, E-Mail: Kreis.Spandau@spd.de

■ **Steglitz-Zehlendorf**, Mirjam Golm, Thaliaweg 15, 12249 Berlin Tel.: 7667 9854, Fax: 7667 9856, Mo, Mi u. Do 10 - 13 Uhr, Fr 15 - 18 Uhr, E-Mail: Steglitz-Zehlendorf@spd-berlin.de

■ **Tempelhof-Schöneberg**, Lena Heinze-Berg, Hauptstr. 100, 10827 Berlin, Tel.: 781 22 83, Fax: 7800 1217, Mo 10 bis 13 Uhr, Mi 11 bis 14 Uhr, Fr: 15 bis 18 Uhr, E-Mail: Lena.Heinze@spd.de

■ **Neukölln**, Yvonne Opprower, Sonnenallee 124, 12045 Berlin, Tel.: 687 21 59, Fax: 686 80 82, Mo., Mi., Do. 14 - 18 Uhr, Di im Kurt-Schumacher-Haus, E-Mail: Yvonne.Opprower@spd.de

■ **Treptow-Köpenick**, Gabi Schmitz, Grünauer Straße 8, 12557 Berlin, Tel.: 657 24 54, Fax: 631 0775, Di 14-18 Uhr, Do 9 - 12 Uhr und 13 - 15 Uhr, Freitag 9 - 12 Uhr sowie nach Vereinb., E-Mail: treptow-koepenick@spd-berlin.de

■ **Marzahn-Hellersdorf**, Paul Kneffel, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Tel.: 9940 1015, Fax: 9940 1016, Mo 10 - 14 Uhr, Di 14 - 18, Mi 10 bis 14 Uhr, Do 10 bis 14 Uhr, E-Mail: Kreis.Marzahn-Hellersdorf@spd.de

■ **Lichtenberg**, Andreas Büchner, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Tel.: 9760 6730, Fax: 9760 4664, Mo 15. - 18 Uhr, Do 10 - 14.30 Uhr, E-Mail: Andreas.Buechner@spd.de,

■ **Reinickendorf**, Petra Wolf, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Tel.: 499 838 62, Fax: 499 838 64, Mo 14 - 18 Uhr, Do 10 - 13 Uhr, Fr 10 - 15 Uhr, E-Mail: kreis.reinickendorf@spd.de

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an [berliner.stimme@wegewerk.de](mailto:berliner.stimme@wegewerk.de) oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an [berliner.stimme@wegewerk.de](mailto:berliner.stimme@wegewerk.de).

# Kunst und Handwerk

## Bummeln über die Weihnachtsmärkte in den Kiezen

**Es weihnachtet in den Kiezen. Die kleineren Märkten bauen ihre Stände allerdings meist nur an wenigen Adventswochenenden auf.**

So gibt es die „Weihnachtsausgabe“ des Weddingmarktes am Leopoldplatz mit Kunst, Schmuck, Mode an 60 Ständen nur am 18. Dezember (13 bis 21 Uhr). An allen Wochenenden ist der Weihnachtsmarkt in den Späth'schen Baumschulen (Späthstr. 80, 12437 Berlin) jeweils von 11 bis 20 Uhr geöffnet (Eintritt 3 Euro).

Der Umwelt- und Weihnachtsmarkt in der Sophienstraße in Mitte lädt samstags von 12-20 Uhr, sonntags von 11-19 Uhr zum Bummeln. Jeweils von 11 bis 19 Uhr gibt es auf dem Adventsmarkt auf der Domäne Dahlem Bastelangebote, Kunsthandwerk und Leckereien (Eintritt: 3 Euro). Originelle Geschenkideen präsentiert die „Künstler-



Weihnachtsmarkt in der Sophienstraße.

Foto: Ulrich Horb

station am Bahnhof Mexikoplatz“, allerdings nur an den Advents-Sonntagen zwischen 11 und 19 Uhr. **BS** □

➔ [www.weihnachteninberlin.de/](http://www.weihnachteninberlin.de/)

## Bewegung im Bild

### Sonja Zimmermann zeigt Bildnisse aus 30 Jahren

**Das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie lädt am 14. Dezember ein zur Eröffnung seiner Weihnachtsausstellung in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus. Sonja Zimmermann präsentiert unter dem Titel „BEZIEHUNGSWEISE“ Bildnisse aus 30 Jahren.**

„Als Palucca-Schülerin in Dresden, als Tänzerin an der Komischen Oper Berlin, als Gast am Deutschen Theater Berlin, als neugierig durch die Welt Gehende war und bin ich umgeben von aufregenden Menschen“, so die Künstlerin über sich. „Die Bewegung des Tanzes festzuhalten war die eine Seite, Köpfe zu zeichnen, zu malen, zu radieren, zu modellieren eine andere. Die Worte ‚Erinnerungen sind wie verwahrloste, herren-

lose Hunde...‘ von Imrè Kertész in seinem biografischen Roman „Ich - ein anderer“ beflügeln mich bei der Auswahl der Arbeiten für die Ausstellung in Berlin.“ Die 1954 in Dresden geborene Künstlerin, die von 1971 bis 1975 an der Komischen Oper als Tänzerin tätig war, arbeitet seit 1990 als freischaffende Malerin und Grafikerin. **BS** □

➔ Vernissage: 14. Dezember 2016, 19 Uhr in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163. Öffnungszeiten der Galerie Mi, Do, Fr 16 - 18 Uhr und nach tel. Vereinbarung; zwischen Weihnachten + Neujahr geschlossen.

➔ Die Finissage am 8. Februar 2017 um 19 Uhr verbindet das Kulturforum mit seinem Jahresempfang

## KULTURTIPPS

**„Spiel's nochmal Sam“ von Woody Allen.** Eine romantische Komödie von Woody Allen, verfilmt 1972 unter dem Titel „Play it again, Sam“, bringt als Berliner Erstaufführung die Besucher/innen des Kleinen Theaters am Südwestkorso 64 in Friedenau zum Schmunzeln und Nachdenken über den Filmkritiker Allen, der sich mit dem Leinwandhelden Humphrey Bogart als Rick identifiziert, besonders in Liebesdingen. Dass das nicht gutgehen kann ist für die



Szene mit Tilmar Kuhn und Boris Freytag.

Foto: Jörn Hartmann

Besucher von Anfang an klar. Aber bis auch der Hauptdarsteller (Tilmar Kuhn) zu dieser Erkenntnis kommt, passieren ihm unentwegt Missgeschicke, er macht sich lächerlich, er beginnt und vermasset eine Affäre. Die Darsteller dieser Berliner Erstaufführung treffen den für Woody Allen typischen Witz präzise. Hingehen und anschauen! Im Dezember am 3. und 4. und vom 16. bis 18., jeweils 20 Uhr. Tickets: 821 20 21 **Eva Liebchen** □

**Fotoausstellungen.** Im Willy-Brandt-Haus sind noch bis zum 15. Januar 2017 die Fotoausstellungen Berlin Prenzlauer Berg - Fotografien 1969-1980 von Bernd Heyden und Berlinische Fragmente - Fotografien von Rainer König zu sehen. Die Ausstellungen sind am 16.12. sowie vom 24. bis 26.12. und am 31.12.2016 und 1.01.2017 geschlossen. Eintritt frei, Ausweis erforderlich. □